



universität  
wien

# MASTERARBEIT/ MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit/ Title of the Master's Thesis

**Direkte Demokratie? Nur zu meinen Konditionen!**

Die Stabilität von individuellen Prozesspräferenzen am Prüfstand

verfasst von / submitted by

Martin P. Gratzner, BA

angestrebter akademischer Grad/ in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2021/ Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt/  
degree programme code as it appears  
on the student record sheet:

A 066824

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft UG 2002

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Markus Wagner, PhD



## Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die die Entstehung dieser Masterarbeit ermöglicht haben.

In erster Linie gilt dieser Dank den über 500 Teilnehmer\*innen an meiner Pilotstudie, insbesondere jenen Freunden, Bekannten und Verwandten, die dabei geholfen haben, die Umfrage möglichst vielen Menschen zukommen zu lassen. Dadurch wurde das für einen Masterstudenten ungewöhnliche Unterfangen der Auswertung eigenständig gewonnener Daten in einer quantitativen Arbeit möglich. Trotz des nicht gerade repräsentativen Samples denke ich, dass diese Studie interessante neue Erkenntnisse, vor allem für den österreichischen Kontext, liefert, die eine wertvolle Grundlage für Folgestudien darstellen können.

Ganz besonders danken möchte ich außerdem Herrn Dr. Jeremias Stadlmair für sein Seminar „Direkte Demokratie: Erwartungen, Praxis, Reformperspektiven“, in dem mein Interesse an diesem Thema geweckt wurde und in dem ich mit für meine Arbeit relevanter Literatur in Kontakt kam. Außerdem bedanke ich mich für sein gemeinsames Forschungspraktikum mit Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger „StadtbürgerInnenschaft: Politische Teilhabe und Identität“, in dem ich erstmalig an der Erstellung eines gemeinsamen Datensatzes beteiligt war.

Des Weiteren gilt mein Dank Herrn Univ.-Prof. Markus Wagner, der mich, besonders bei der statistischen Auswertung meiner Daten, bereitwillig unterstützt hat. In den zahlreichen Masterseminaren habe ich viele hilfreiche Feedbacks der Teilnehmer\*innen in meine Arbeit eingeflossen.



# Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	3
1. Einleitung .....	8
1.1. Gegenstand .....	8
1.2. Fragestellung und Ziel der Arbeit.....	9
1.3. Aufbau der Arbeit .....	11
2. Historische Entwicklung direkter Demokratie in Österreich und international .....	12
2.1. Widerstände gegen die Ausdifferenzierung direktdemokratischer Verfahren .....	12
2.2. Die Etablierung von Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren.....	13
2.3. Die Macht des Volkes als Gratwanderung .....	15
3. Gängige Erklärungsansätze für die Unterstützung direkter Demokratie.....	17
3.1. Wandel von loyalen zu kritischen Bürger*innen .....	17
3.2. Frustration über Leistungsschwächen demokratischer Institutionen .....	18
4. Theoretischer Hintergrund und Hypothesen.....	20
4.1. Die Rolle der Ergebniserwartung .....	20
4.1.1. Status quo.....	24
4.1.2. Mehrheit.....	25
4.1.3. Die Stabilität des Status quo .....	25
4.2. „Einfache“ versus „schwierige <i>Issues</i> “ .....	26
5. Daten und Design.....	28
5.1. Datenerhebung .....	29
5.2. Bestehende Surveys.....	34
5.3. Design.....	35
5.3.1. Die Einführung einer Vermögenssteuer.....	36
5.3.2. Die Einführung eines Pfandsystems für Getränkeverpackungen (Plastikflaschen, Dosen) .....	37
5.3.3. Die Senkung der Unternehmenssteuern .....	38
5.3.4. Ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ohne medizinischen Grund .....	38
5.3.5. Die Abschiebung straffällig gewordener Drittstaatsangehöriger .....	39
5.3.6. Die zusätzliche finanzielle Unterstützung von Arbeitslosen .....	40
5.4. Kontrollvariablen.....	41
5.5. Untersuchungsstrategie .....	45

6. Analyse und Ergebnisse .....	46
6.1. <i>Between</i> -Analyse.....	46
6.2. <i>Within</i> -Analyse.....	59
7. Schlussbemerkungen .....	61
7.1. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	61
7.2. Ausblick .....	64
Abkürzungsverzeichnis.....	66
Abbildungsverzeichnis .....	67
Tabellenverzeichnis.....	68
Literatur .....	69
Anhang .....	76
Fragebogen zur Abhaltung von Volksabstimmungen in Österreich .....	76
Flyer mit QR-Code .....	80
Persönliche Erklärung .....	81
Abstract.....	82



# 1. Einleitung

## 1.1. Gegenstand

*“One of the phrases seemingly guaranteed to raise the blood pressure of political scientists and politicians alike is that of "direct democracy." With the possible exception of "rational choice," few other terms in political science generate such heated and hostile opinions within the academic community” (Bowler 2002: 285f).*

Während jede Form der Demokratie, die die minimale Anforderung periodisch stattfindender Wahlen erfüllt, bis zu einem gewissen Grad partizipativ ist, erfordert direkte Demokratie, gemäß deren Anhänger\*innen, ein umfangreiches und aktives Engagement der Bürger\*innen. Definiert man Demokratie als die Herrschaft des Volkes, so stellt die direkte Demokratie deren reinste Ausprägung dar (siehe *The Encyclopedia of Democracy*, hrsg. von Lipset 1995).

Seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre werden direktdemokratische Möglichkeiten in Form von Bürgerbewegungen, Protesten und sozialen Bewegungen in Österreich in steigender Zahl genutzt, wodurch sie das Wesen des repräsentativen Demokratiemodells belasten. Wie in den meisten anderen westlichen Industrieländern bringen auch hierzulande Meinungsumfragen und Studien hohe Zustimmungswerte für einen Ausbau direkter Demokratie (ESS 2012; ISSP 2014; Wirnsberger/ Haller 2015). In der Praxis zeigt sich bei Volksbegehren, dem einzigen „Bottom-up“- Verfahren in Österreich, dass dieses vermehrt in den letzten Jahren mit reger Unterstützung von Bürger\*innen stattfindet. Allein seit 2018 wurden 14 und damit über ein Viertel aller in Österreich durchgeführten Volksbegehren abgehalten. Davon erreichten zehn die erforderliche Hürde von 100.000 Unterstützungen. Gleichzeitig verlieren klassische Partizipationsformen an Bedeutung, dies ist vor allem an einer sinkenden Wahlbeteiligung festzumachen ist. Während bis 2002 die Wahlbeteiligung bei allen Nationalratswahlen über 80 Prozent lag, konnte diese Grenze seither nicht mehr übersprungen werden.

Dabei ist ein Verständnis darüber, wie Zustimmungswerte für direkte Demokratie zustande kommen, von großer Bedeutung, zumal sowohl in der Wissenschaft als auch in der politischen Praxis eine hohe Zustimmung in der Öffentlichkeit für Volksabstimmungen als Argument für eine Anpassung politischer Strukturen benutzt wird (Bowler/ Donovan/ Karp 2006; Dalton/ Welzel 2014; Dean 2016).

In der bestehenden Literatur lassen sich vor allem zwei miteinander konkurrierende Interpretationsmöglichkeiten verorten:

Der eine Ansatz besagt, dass ein Ausbau der direkten Demokratie nicht grundsätzlich von der Bevölkerung unterstützt werde, sondern nur aufgrund der gegebenen Umstände einer defizitären repräsentativen Demokratie (Hibbing/ Theiss-Morse 1995/ 2002; Bowler/ Donovan/ Karp 2007; Schuck/ De Vreese 2015). Die andere Seite meint wiederum, dass die Ausweitung der direkten Demokratie eine Gelegenheit für BürgerInnen darstelle, im politischen Entscheidungsprozess Einfluss zu gewinnen (Bennett 2008; Dalton/ Welzel 2014; Norris 1999/ 2011).

## 1.2. Fragestellung und Ziel der Arbeit

Beide Erklärungsansätze gehen von stabilen Prozesspräferenzen aus und stellen die Unzufriedenheit ins Zentrum, ob ein persönlicher Mehrwert zu erwarten ist, spielt gar keine Rolle. In Anlehnung an Magdalena Wojcieszak (2014), Rikki J. Dean (2016) und Hannah Werner (2020) nehme ich in der vorliegenden Arbeit jedoch an, dass Bürger\*innen auch abhängig vom zu erwartenden Ergebnis entscheiden, welche Prozesspräferenzen von ihnen bevorzugt werden. Hierbei nehme ich an, dass auch eine unbeständige Komponente maßgeblich von Relevanz ist und Bürger\*innen dementsprechend auch abhängig vom Kontext entscheiden, ob sie einen Volksentscheid zu einem Thema befürworten oder ablehnen. Folglich gehe ich davon aus, dass in Bezug auf die Einstellung zu einem Ausbau direkter Demokratie mitunter auch die persönliche Erwartungshaltung berücksichtigt werden muss. Gehen Bürger\*innen von einem persönlichen Vorteil aus, neigen sie dazu, die Ausweitung einer partizipativen Demokratie zu unterstützen und befürchten sie einen Nachteil, lehnen sie diese eher ab. Diesen Aspekt untersuche ich dabei sowohl mit Blick auf die Zustimmung zu einer allgemeinen Ausweitung partizipativer Demokratie als

auch zur Abhaltung von Volksabstimmungen zu konkreten politischen Vorschlägen. Mit Bezug auf die jeweilige Sachfrage wurden hierfür der Wunsch nach einer Veränderung des Status quo und die Einschätzungen darüber erhoben, ob man sich selbst in der Mehrheit sieht und ob man davon ausgeht, dass Repräsentant\*innen auch ohne direktdemokratische Einflussnahme den Status quo dahingehend ändern werden.

In Anlehnung an die von Edward G. Carmines und James A. Stimson bereits 1980 entwickelte Unterscheidung zwischen „leichten-“ und „schwierigen Issues“ und die darauf basierende Studie von Wojcieszak (2014) in Spanien, nehme ich an, dass Bürger\*innen bei der Wahl ihrer Prozesspräferenzen die Komplexität des Sachverhalts berücksichtigen. So ist davon auszugehen, dass sich, nach subjektiver Einschätzung, einfachen *Issues*, bei allgemein verständlichen, „nicht-technischen“ Sachfragen, WählerInnen selbst in der Lage, sehen diese in einer Abstimmung zu beantworten, während bei schwierigen *Issues*, komplexen Sachfragen mit technischen Komponenten, die Entscheidungsgewalt eher Repräsentant\*innen überlassen wird. Die konkrete Forschungsfrage lautet daher:

*Wie wird der Wunsch nach einer Veränderung, hin zu einem Ausbau der direkten Demokratie, insbesondere von Volksabstimmungen, von der Ergebniserwartung mitgeprägt?*

Um die Forschungsfrage gewissenhaft beantworten zu können, werden zwei, an der Theorie ausgerichtete, Hypothesen aufgestellt, wobei sich zweite in vier Unterpunkte gliedert:

- Hypothese (H1): *Je positiver Bürger\*innen gegenüber der Regierung eingestellt sind, desto eher lehnen sie einen Ausbau der direkten Demokratie ab.*
- Hypothese (H2): *Bürger\*innen entscheiden, abhängig von der jeweiligen Sachfrage, ob die Involvierung des Volks mittels Abstimmung prinzipiell möglich sein sollte oder ob diese in jedem Fall Repräsentant\*innen überlassen werden muss.*

→ (H2.1.): *Bürger\*innen, deren persönliche Einstellung in bestimmten Sachfragen vom Status quo abweicht, befürworten eher, dass mittels Volksabstimmung über diese entschieden wird.*

→ (H2.2.): *Wenn sich Bürger\*innen bezüglich eines politischen Vorschlags in der Mehrheit sehen, befürworten sie eher, dass mittels Volksabstimmung darüber entschieden wird.*

→ (H2.3.): *Je stärker Bürger\*innen davon ausgehen, dass der Status quo zeitnah zu ihren Gunsten geändert werden könnte, desto eher lehnen sie eine Abstimmung darüber ab.*

→ (H2.4.): *Für einfache Sachfragen bevorzugen Bürger\*innen eher direktdemokratische Entscheidungsverfahren und für schwierige ziehen sie repräsentative vor.*

Um dieses Forschungsvorhaben einem empirischen Test zu unterziehen, wurde ein geeigneter Survey, mittels dem 513 Teilnehmer\*innen erreicht werden konnten, erstellt. Darin werden sechs konkrete Sachfragen, aus unterschiedlichen Bereichen und mit divergierenden politischen Forderungen, auf nationaler Ebene behandelt. Meines Wissens handelt es sich dabei um die erste Studie, die in diesem Umfang die Stabilität von individuellen Prozesspräferenzen untersucht. In der Arbeit wird sowohl die Einstellung zu einem Ausbau direkter Demokratie im Allgemeinen als auch im Hinblick auf einzelne *Issues* untersucht werden. Zudem wird eine vergleichende Untersuchung der Unterschiede zwischen den stabilen und den nicht-stabilen Komponenten in Bezug auf die Kontrollvariablen, wie Risikobereitschaft und Effektivitätsbewusstsein, möglich.

### 1.3. Aufbau der Arbeit

Zunächst soll in der Arbeit der Blick auf die historische Entwicklung direkter Demokratie, in Österreich und international, gerichtet werden. Diese war lange Zeit von großen Widerständen unter Fachleuten geprägt und bringt bis heute, aus der Sicht vieler Regierenden, die Gefahr eines potenziellen Machtverlusts mit sich.

Anschließend werde ich die gängigen und in der Literatur ausgiebig behandelten Erklärungsansätze besprechen, um in weiterer Folge die theoretischen Ansätze dieser Arbeit zu erläutern.

Bevor ich zum Abschnitt der Deskription, Interpretation und Diskussion der Ergebnisse im Kontext mit der Theorie komme, gebe ich im nächsten Kapitel einen Überblick zur Art der Gewinnung der Daten, der Wahl der Methode, zum Design und zum statistischen Vorgehen. Abschließend werde ich, neben einer Zusammenfassung der einzelnen Kapitel einen Ausblick darüber geben, welche Bedeutung die gewonnenen Erkenntnisse für die Wahrnehmung von individuellen Prozesspräferenzen haben.

## 2. Historische Entwicklung direkter Demokratie in Österreich und international

### 2.1. Widerstände gegen die Ausdifferenzierung direktdemokratischer Verfahren

Trotz der Verweise einiger Autor\*innen darauf, dass bereits im 18. und 19. Jahrhundert Konsumenten-Boykotte und Petitionen stattgefunden haben (Marien/ Hooghe/ Quintelier 2010: 188; Friedman, 1999: 3ff) und damit der Anspruch auf eine stärkere Einbeziehung zum Ausdruck gekommen ist, war lange Zeit die einhellige Meinung vorherrschend, dass politische Sachverhalte zu komplex seien, um eine Involvierung „gewöhnlicher“ Bürger\*innen abseits von in periodischen Abständen stattfindenden Wahlen zu ermöglichen (Schumpeter 1943).

Während dementsprechend partizipative Instrumente lange Zeit als Gefahr für die repräsentativ-parlamentarische Demokratie verstanden wurden, konnten sich diese jedoch in den letzten Jahrzehnten als eine wichtige Ergänzung derselben etablieren und so auch den Weg für die nunmehr weltweit in steigender Anzahl stattfindenden Volksentscheide ebnen (Maduz 2010: 1). Obwohl westliche Demokratien immer noch beinahe ausschließlich repräsentativ organisiert sind, fand dementsprechend nach und nach eine Verschiebung, weg vom reinen Regiertwerden, statt.

Der Ausgangspunkt für diese umfassende Ausdifferenzierung lässt sich zeitlich parallel zum Aufkommen der partizipatorischen Protestdemokratie in den 1960er Jahren verorten. Sowohl in den USA als auch in verschiedenen europäischen Staaten forderte eine steigende Anzahl an Bürgerbewegungen, Protesten und sozialen Bewegungen das repräsentative Demokratiemodell mit umfangreichen Partizipationsansprüchen heraus. Diese Forderung ging mit der Skepsis, ob die politische Elite ausschließlich im Interesse der Bevölkerung handelt und die Beteiligung an Wahlen eine Veränderung herbeiführen kann, einher (Geißel et al. 2014; Heinisch/ Hauser 2015: 8).

In dieser Periode wandelte sich auch das Verständnis der Bürger\*innen, die nicht länger als reine „Wahlbürger\*innen“ wahrgenommen werden wollten. Zusätzlich zur Ermächtigung des Wählens wird ihnen nun auch die Mobilisierung, die öffentlich wirksame Kritik sowie die Legitimität zugesprochen, „repräsentativ getroffene Entscheidungen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu revidieren“ (Nolte 2010: 9). Abseits von elitären und wissenschaftlichen Kreisen hat sich in

Österreich diese Demokratiereformdebatte verhältnismäßig spät etabliert und erlaubt auch heute nur ein bescheidenes Fazit bezüglich der Bereitschaft zur politischen Partizipation in der Bevölkerung:

*„Die Motivation, unkonventionell politisch zu partizipieren, hält sich in Grenzen, während institutionalisierte Formen der politischen Partizipation von den Bürger\_innen einfach »durchgeführt« werden“ (Glavanovits et al. 2019: 453).*

## 2.2. Die Etablierung von Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren

Manche Verfassungen, wie jene der Vereinigten Staaten (1787) oder von Deutschland (1946), schließen die direkte Beteiligung mittels Volksabstimmungen, -befragungen, sowie Volksbegehren auf nationaler Ebene komplett aus. Zurückführen kann man das auf die Angst vor der Emotionalität der Wähler\*innen: Während die Demokratie 1787 in den USA gerade in den Kinderschuhen steckte, war im Nachkriegsdeutschland das Vertrauen in den Volkswillen gebeutelt.

Das Potenzial dieser kontroversen Streitfrage ist auch hierzulande bereits im programmatischen Grundsatzartikel der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 erkennbar: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Klarheit über die organisatorische und materielle Konkretisierung dieses Programmsatzes wird dadurch geschaffen, dass anschließend die Strukturen einer repräsentativen Demokratie, in Form einer parlamentarischen Demokratie normiert werden, in der direktdemokratische Elemente sehr unausgeprägt sind (Neisser 2015: 81). Für Hans Kelsen, Georg Fröhlich und Adolf Merkl (2003: 66) stellen die Rechtsinstitute der Bürgerinitiative und des Referendums allerdings „eine Annäherung an das Prinzip der unmittelbaren Demokratie“ dar.

De facto hat es 44 Jahre, bis 1964, vom Inkrafttreten der Österreichischen Bundesverfassung bis zur ersten Durchführung eines Volksbegehrens, dem Rundfunkvolksbegehren, gedauert. Trotz der 832.353 erfolgten Unterschriften, die nicht zuletzt auf die Unterstützung der klassischen Printmedien zurückführbar ist, kam das Gesetz nicht über das Entwurfsstadium hinaus.

Inzwischen wurden bis 25. Jänner 2021 53 Volksbegehren durchgeführt, von denen 42 Volksbegehren die benötigten Unterschriften erreichten, um im Nationalrat verpflichtend behandelt zu werden. Bis 1981 lag diese Grenze bei 200.000, aktuell werden 100.000 Unterschriften oder die Unterstützung von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer benötigt. Letztgenannte Option kam bisher allerdings noch nie zum Tragen. Seit dem 1. Jänner 2018 ist es zudem möglich, Volksbegehren unabhängig vom Hauptwohnsitz in jeder beliebigen Gemeinde bzw. online mittels Handy-Signatur oder Bürgerkarte zu unterstützen. Allein seither fanden 14 bzw. über ein Viertel aller in Österreich durchgeführten Volksbegehren statt, die auch mehrheitlich die erforderliche Hürde erreichten.

Anders verhält es sich bei Volksabstimmungen, diese sind auf nationaler Ebene bisher lediglich zweimal zustande gekommen: 1978, "Friedliche Kernenergienutzung in Österreich?" und 1994, "Beitritt Österreichs zur EU?", wobei letztere obligatorisch war, zumal sie eine Gesamtänderung der Bundesverfassung mit sich brachte. Dabei lag die Wahlbeteiligung bei 82.5%, wobei 66.6% dieser Wähler\*innen für einen Beitritt Österreichs votierten. Die Nutzung der Kernenergie wurde wiederum, bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung (62%), mit 50.5% der Wähler\*innenstimmen abgelehnt.

Im Jahr 1988 wurden die plebiszitären Elemente der österreichischen Bundesverfassung, Volksabstimmung und Volksbegehren, schließlich um die Möglichkeit von Volksbefragungen erweitert (Art. 49b B-VG). Letztere wurde bislang nur einmal, 2013, im Rahmen einer Befragung zur Einführung eines Berufsheeres durchgeführt, die mehrheitlich (59.7%) abgelehnt wurde. Dabei wird über eine Ja/Nein- Frage oder, bei Volksbefragungen, alternativ über zwei divergente Lösungsmöglichkeiten abgestimmt.

Damit es zur Anwendung einer fakultativen Volksabstimmung kommt, in der anschließend das gesamte wahlberechtigte Volk abstimmen kann, bedarf es eines Gesetzesbeschlusses des Nationalrates (Österreichisches Parlament 2018). Während dieses Instrument rechtlich bindend ist, hat die Volksbefragung konsultativen Charakter und ist formal unverbindlich. Dennoch gilt auch für Volksbefragungen, dass sie beinahe ausschließlich zugunsten der Mehrheit bei der Befragung umgesetzt werden, denn politisch wäre es für Entscheidungsträger\*innen nur schwer zu argumetieren, wenn diese untergraben werden würden.

Angesichts dieser Faktenlage und dieser Bestimmungen, kann in Österreich nur von einer „karge[n] direktdemokratische[n] Ausstattung“ (Schiller 2002: 129) gesprochen werden.

Auf der Länderebene stellen Volksbefragungen das am häufigsten verwendeten Instrument dar. In allen neun Bundesländern fanden hier seit 1945 nur vier Volksabstimmungen, immerhin 18 Volksbefragungen und zehn Volksbegehren statt. Weniger transparent ist die Datenlage für die Gemeindeebene. Hier hat Klaus Poier (2018) jedoch den Versuch unternommen, eine entsprechende Datenbank zu erfassen, indem er alle rund 2.100 Gemeinden in Österreich in mehreren Wellen kontaktierte. Nach eigenen Angaben erhielt Poier auf diese Weise Rückmeldungen von ca. 1.800 österreichischen Gemeinden, wobei er in Summe rund 1.900 Anwendungsfälle in 700 Gemeinden ausfindig machen konnte. „Mit durchschnittlich nicht einmal einem Anwendungsfall pro Gemeinde in der gesamten Zweiten Republik zeigt dies aber eine bislang rudimentäre Praxis der direkten Demokratie auf Gemeindeebene“. Hier waren Volksbefragungen und informelle Befragungen mit 567 bzw. 556 Durchführungen die beliebtesten Verfahren, Volksabstimmungen und Volksbegehren fanden 150- bzw. 129-mal statt, in 499 Fällen wurde ein anderes Verfahren angewendet (ebd.: 92).

Miteinander gemein haben alle Instrumente der direkten Demokratie, dass sie in Abhängigkeit zu Repräsentant\*innen der Republik Österreich stehen: Eine Volksabstimmung findet nur dann statt, wenn der Nationalrat dahingehend einen Beschluss fasst, sie muss vom Hauptausschuss des Nationalrates, aufgrund eines Antrages seiner Mitglieder oder der Bundesregierung, beschlossen werden. Bei Volksbegehren, die 100.000 Unterschriften erreicht haben, erfolgt eine parlamentarische Behandlung, bei der die Entscheidung für eine etwaige Umsetzung den Abgeordneten überlassen bleibt. In anderen Ländern, wie in der Schweiz oder in Italien, ist ab dem Erreichen einer bestimmten Anzahl an Unterstützungen eine Volksabstimmung obligatorisch. So wurden in der Schweiz seit 1848 bereits über 637 Vorlagen (240 obligatorische Referenden, 193 fakultative Referenden und 220 Volksinitiativen) auf nationaler Ebene abgestimmt (BFS 2020).

### 2.3. Die Macht des Volkes als Gratwanderung

Von der Thematik sind unterschiedlichste Akteure, von staatlichen Institutionen über Gruppen der Zivilgesellschaft bis hin zu Vertreter\*innen der Theorie und der Praxis, betroffen. Nicht zuletzt

geht es dabei um die Frage: Wer entscheidet (oder ist in der Lage dazu), welche Entscheidungen sind zu treffen und wer profitiert davon (Geuss 2008: 26)? Wie fundamental diese Fragestellung ist, die von der Politischen Theorie an die Realpolitik gerichtet ist, wird auch dadurch ersichtlich, dass einige der bedeutendsten Theoretiker ihren Fokus auf die Frage legten, wie Entscheidungsprozesse legitimiert werden können (Habermas 1992; Rawls 1971), aber auch darauf, welchen Stellenwert diese Frage nach wie vor hat (Mouffe 2015; Hardt/ Negri 2013). Unbestreitbar bleibt dabei immer, dass direkte Demokratie immer als Ergänzung zum Parlamentarismus gedacht werden muss und nicht als dessen Ersatz.

Im Jahr 2014 publizierte der Think Tank der Bertelsmann Stiftung die gemeinsam mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg durchgeführte Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“. Die Kernpunkte daraus sind, dass sich gut gemachte Bürger\*innenbeteiligung positiv auf die Partizipation, das politische Interesse, die Demokratiezufriedenheit, die Akzeptanz für politische Entscheidungen sowie das Allgemeinwohl auswirkt. Als Grundlage für diese Ergebnisse dienten nicht zuletzt die Angaben und Erwartungen von Bürger\*innen. Werden diese Ansprüche erfüllt, so ist tatsächlich davon auszugehen, dass daraus eine höhere Demokratiezufriedenheit und Akzeptanz für politische Entscheidungen resultieren (Marien/ Kern 2018). Spiegelt die Erwartungshaltung allerdings nicht die eigentlichen Mehrheitsverhältnisse wider, so bleiben enttäuschte Verlierer\*innen zurück. Bevor die Erwartungshaltung von Wähler\*innen, zu den Auswirkungen durch die Implementierung direktdemokratischer Elemente, zur Argumentation dienen kann, muss daher vorab genauer untersucht werden, wie diese zustande kommt. Auch Shaun Bowler und Todd Donovan (2019) untersuchen dieses Phänomen in einer länderübergreifenden Studie und sprechen diesbezüglich vom “Referendum Disappointment Gap“, der Lücke zwischen der Erwartungshaltung von Bürger\*innen an Volksabstimmungen und deren Wahrnehmung, wie sie tatsächlich angewendet werden:

*“Thus, while expectations of having the ‘final say’ by referendum is high, and has little variance across these countries, it appears many people do not perceive they experience the referendum democracy they expect” (ibd.: 229).*

### 3. Gängige Erklärungsansätze für die Unterstützung direkter Demokratie

#### 3.1. Wandel von loyalen zu kritischen Bürger\*innen

In der bestehenden Literatur werden wachsende Partizipationsansprüche überwiegend anhand von zwei Strömungen festgemacht:

Der eine Zugang ist in der Literatur zur politischen Kultur beheimatet, demzufolge stellt die Ausweitung der direkten Demokratie eine Gelegenheit für Bürger\*innen dar, im politischen Entscheidungsprozess Einfluss zu gewinnen (Bennett 2008; Dalton/ Welzel 2014; Norris 1999/ 2011). Russell J. Dalton und Christian Welzel (2014) verorten einen internationalen Wandel von loyalen zu durchsetzungsfähigen Bürger\*innen. In eine ähnliche Kerbe schlagen auch Pippa Norris (1999) und W. Lance Bennett (2008), die von kritischen- bzw. selbstverwirklichenden Bürger\*innen sprechen. Für Norris (1999/ 2011) steht fest, dass diese zunehmende Kritik, ausgelöst von steigenden postmaterialistischen Werten und dem dadurch entstehenden Verlangen nach Selbstentfaltung, auch den Anspruch einer ausgeprägteren direkten Demokratie mit sich bringt. Ihr zufolge ist ein aufgeklärtes demokratisches Wissen von Relevanz: Auf der Makroebene wird dieses durch eine historisch lange Erfahrung mit einer demokratischen Staatsführung, eine weltoffene Kommunikation und eine fortschrittliche wirtschaftliche Entwicklung gebildet. Auf der Mikroebene wiederum durch Wissen, das auf einer guten Bildung und einem Zugang zu Information aus Nachrichtenmedien gründet.

Im Gegensatz zu den Aussagen von Schlagzeilen, die ein nachlassendes Vertrauen erkennen wollen, gibt es hierfür, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Westeuropa, wenige Langzeitbelege. So zeigt sich bei einer Langzeitbetrachtung der USA, dass das öffentliche Vertrauen in den Kongress abgenommen hat, das Vertrauen in den Obersten Gerichtshof und in die Exekutive ist hingegen stabil geblieben.

*“Therefore, as this book has demonstrated, democratic orientations are far from irrelevant to the real world; they matter for political participation, for the willingness of citizens to comply voluntarily with the authorities and thus to build capable states and rule of law,*

*and ultimately for the process of strengthening democracy around the world” (Norris 2011: 246).*

Diese wahrgenommenen Performanceschwächen führt Norris (ebd.: 241) dementsprechend auf den Einfluss negativer Medienberichterstattung zurück. Unabhängig von zunehmenden demokratischen Ansprüchen der Öffentlichkeit zeigt sich vielmehr, dass, bei langfristiger Betrachtung, die Zufriedenheit mit der Leistung von Demokratien eher zu- als abnimmt.

### 3.2. Frustration über Leistungsschwächen demokratischer Institutionen

Der andere Ansatz besagt, dass eine steigende Unterstützung für direkte Demokratie vorrangig auf eine Frustration unter den Wähler\*innen über das Establishment und über die nachlassende Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen zurückzuführen ist (Hibbing/ Theiss-Morse 1995/ 2002; Pharr/ Putnam 2000; Dalton/ Bürklin/ Drummond 2001; Bowler et al. 2007; Neblo et al. 2010; Schuck/ De Vreese 2015). Die prominentesten Vertreter\*innen dieses Grundgedankens, John R. Hibbing und Elizabeth Theiss-Morse (1995/ 2002), gehen davon aus, dass ein Ausbau direkter Demokratie nicht grundsätzlich von der Bevölkerung unterstützt wird, sondern nur aufgrund der gegebenen Umstände einer defizitären repräsentativen Demokratie. Zur Untersuchung verwendeten die beiden Autor\*innen dabei ein aus Umfragen und Fokusgruppen kombiniertes *Research Design*. Die entscheidenden Determinanten, um zu klären, welche Demokratieform Unterstützung findet, sind prozedurale Effizienz und Gerechtigkeit.

*“We argue that people’s support for the political system is influenced at least as much by the processes employed in the political system as by particular outputs emanating from the process. Policy is important, but the public’s perception of how that policy was arrived also matters” (Hibbing & Theiss-Morse 1995: 14).*

Weiterführend lehnen es Bürger\*innen eher ab, sich engagieren zu müssen, so trifft die abstrakte Idee der Demokratie auf uneingeschränkte Unterstützung, jedoch bewirken die praktischen Erscheinungsformen eine Frustration, die dazu führt, dass anderen Demokratieformen der Vorzug erteilt wird (Hibbing/ Theiss-Morse 2002: 1ff). Ihrer Herangehensweise folgend ist die Bürger\*innenbeteiligung eine Notwendigkeit, eine „Medizin“, die eingenommen werden muss, um die „Krankheit“, erzeugt durch gierige Politiker\*innen, die eine Durchsetzung von Eigeninteressen anstreben, zu bezwingen (Hibbing/ Theiss-Morse 1995: 131). Sie sind dazu bereit, wenn notwendig, ihre Stimme wahrzunehmen und die Initiative zu ergreifen. Die Verantwortlichen bleiben dabei die Politiker des *Washington Systems*, das von Vetternwirtschaft und Korruption bestimmt ist und seine Mitglieder davon abhält, ihre Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit wahrzunehmen (ebd.: 62).

Für die oder den Medianbürger\*in sind Bürger\*innenversammlungen oder deliberative Umfragen eine Option, die nur dann in Frage kommt, wenn keine vertrauenswürdige Repräsentant\*innen diesen Bereich übernehmen, nicht zuletzt deshalb, weil es einfacher ist, die Entscheidungen anderer zu hinterfragen als eigene zu präsentieren. Hierfür ist selbstredend die Abschätzung der Fähigkeiten des gesamten Wahlvolkes relevant, das mitunter auch populistischen Ansätzen verfallen könnte. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken schlagen Hibbing und Theiss-Morse (2002: 144) vor, politische Bildung, bei der die Vorzüge politischer Debatten vom Lehrpersonal übermittelt und optimalerweise von Eltern unterstützt werden sollen, stärker in die Lehrpläne an Schulen einzuarbeiten. Offen bleibt jedoch, wie dieses Ideal in einer politikverdrossenen Gesellschaft umgesetzt werden kann. Allerdings ist es auch nicht der Anspruch der Autor\*innen, alle Lösungsvorschläge zu liefern, sondern einen Denkprozess anzuregen.

## 4. Theoretischer Hintergrund und Hypothesen

### 4.1. Die Rolle der Ergebniserwartung

Die im Kapitel drei angeführten Strömungen, die zum einen einen internationalen Wandel von loyalen zu kritischen Bürger\*innen sehen (Bennett 2008; Dalton/ Welzel 2014; Norris 1999/ 2011) und zum anderen die Frustration über Leistungsschwächen demokratischer Institutionen erkennen wollen (Hibbing/ Theiss-Morse 1995/ 2002; Pharr/ Putnam 2000; Dalton et al. 2001; Bowler et al. 2007; Neblo et al. 2010; Schuck/ De Vreese 2015), stellen die Unzufriedenheit der Bürger\*innen ins Zentrum. Ob ein persönlicher Mehrwert zu erwarten ist, spielt eine untergeordnete Rolle. Obwohl die Bedeutung von instrumentalen Überlegungen in der Politikwissenschaft weitestgehend anerkannt ist, blieben diese Faktoren in der Forschung zu Prozesspräferenzen bis vor einigen Jahren gänzlich unbeobachtet und lassen bis heute einige Fragen offen.

Ich gehe davon aus, dass eine ablehnende Haltung in Bezug auf einen Ausbau direkter Demokratie mitunter auch mit der Befürchtung eines persönlichen Nachteils begründet werden kann und vice versa. Daniel A. Smith, Caroline J. Tolbert und Amanda M. Keller (2010: 509) konnten im amerikanischen Kontext zeigen, dass die Unterstützung für Referenden dann abnimmt, wenn die eigene politische Partei in ein Amt gewählt wird. Für WählerInnen, deren Partei an Einfluss verloren hat, gilt wiederum, dass ihre Chancen gesunken sind, über repräsentative Entscheidungen ihr gewünschtes Ergebnis zu erzielen.

*“[...] [W]e argue that contemporary support for a national referendum in the U.S. is contingent on whether a citizen is a short- or long-term "winner" or a "loser" when it comes to electoral politics” (ibd.).*

Obwohl hierzulande, wie zum Beispiel auch in Großbritannien, nur das Parlament eine Volksabstimmung anordnen kann, führt die Mehrheitspartei diese in der Regel nur recht selten durch und nur dann, wenn davon auszugehen ist, dass die Haltung der Wähler\*innen jener der Regierung entspricht. Dabei sind die Kalkulationen hinsichtlich des Wähler\*innenwillens nicht

immer zuverlässig. So versprach David Cameron, aufgrund des Drucks des rechten Flügels in seiner Partei und der UKIP, im Falle einer Alleinregierung ein Referendum über die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU abzuhalten. Entgegen aller Prognosen erhielten die Konservativen bei der darauffolgenden Wahl die absolute Mehrheit. Das versprochene Referendum erhielt anschließend ebenfalls eine knappe Mehrheit, kostete Cameron damit den Parteivorsitz und mündete in langatmigen Austrittsverhandlungen.

In Österreich beugte sich die SPÖ-Alleinregierung im Jahr 1978 dem Widerstand gegen die Inbetriebnahme des AKWs in Zwentendorf und der Forderung nach einer Volksabstimmung darüber. Gleichzeitig brachte der damalige Kanzler Bruno Kreisky die Abstimmung mit seinem Rücktritt in Verbindung. Die ÖVP, die den Bau des AKWs in Zwentendorf beschlossen und zuvor befürwortet hatte, positionierte sich anschließend gegen die Nutzung des AKWs. Auch die FPÖ, die den Bau ebenfalls zuvor unterstützt hatte, sprach sich gegen die Inbetriebnahme aus. Bei der Volksabstimmung lehnte schließlich eine hauchdünne Mehrheit von 50.47% das Vorhaben ab und Kreisky blieb dennoch weitere fünf Jahre Bundeskanzler der Republik.

Wahlrechtsreformen aufgrund von Referenden, die die Rechte der bestehenden Regierung einschränken könnten, werden in der Regel nur dann durchgeführt, wenn sie von Bürger\*innen initiiert werden, und sind damit sehr selten. Ein Beispiel hierfür stellt Neuseeland dar, überwiegend dank der Unterstützung von Anhänger\*innen der Oppositionsparteien brachte hier der *Citizens Initiated Referenda Act* im Jahr 1993 die Umstellung von einem Mehrheits- zu einem Verhältniswahlrecht mit sich (Banducci/ Karp 1999).

Zudem können Volksentscheide auch dazu dienen, innerkoalitionäre Konflikte auszutragen, wie es bspw. in Österreich bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht 2013 der Fall war. Während sich die SPÖ für die Einführung eines Berufsheeres aussprach, appellierte deren Koalitionspartner, die ÖVP, für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Für Staaten mit niedrigeren Demokratiestandards ist jedoch zu beobachten, dass Machthaber direktdemokratische Elemente nur dann nutzen, wenn sie darauf angewiesen sind, ihren Einflussbereich auszuweiten oder längerfristig abzusichern. So geschehen bspw. in der Türkei 2017 bei dem Verfassungsreferendum oder bei dem 2020 in Russland durchgeführten landesweiten Referendum, mit dem Wladimir Putin seine Macht für viele weitere Jahre möglich gemacht hat. Auch Forschungen zu den Motivationen von Politiker\*innen, Referenden abzuhalten,

haben ergeben, dass instrumentelle Überlegungen hierbei eine wichtige Rolle spielen (Bowler et al. 2007; Hawkins/ Ruth-Lovell 2017).

Vor allem rechtspopulistische Parteien nutzen dabei die Unzufriedenheit ihres Wähler\*innen-klientels mit dem Status quo, indem sie für einen Ausbau von Volksabstimmungen eintreten, wie bspw. die UKIP in Großbritannien und die FN in Frankreich (Albertazzi/ McDonnell 2015; Bjånesøy/ Ivarsflaten 2016; Bowler et al. 2017; Mudde 2004/ 2007).

Auch auf der Ebene von Wähler\*innen veranschaulichten Russell J. Dalton, Wilhelm P. Burklin und Andrew Drummond bereits 2001, dass die Unterstützung für direkte Demokratie in Deutschland vor allem bei jenen hoch ist, die sich vom politischen Establishment ausgeschlossen fühlen.

Shaun Bowler und Todd Donovan (2007) konnten in diesem Zusammenhang für die USA zeigen, dass die Anhänger\*innen von Gewinner- und Verliererparteien jeweils abwägen, welche Konsequenzen eine Reform für ihr jeweiliges Lager mit sich bringt und anschließend anhand dessen ihre Position zu einer institutionellen Reform überdenken. Zusätzlich sinkt bei den Verlierer\*innen die Demokratiezufriedenheit und die Risikobereitschaft steigt. Deshalb ist es für sie rational, nunmehr für Volksabstimmungen zu plädieren. In einer aktuelleren Arbeit untermauerten Bowler und Donovan (2019) ihren eigenen Befund und zeigten zusätzlich, dass unter politisch und sozial entfremdeten Wähler\*innen von rechtspopulistischen Parteien, mit niedrigem Vertrauen in Politiker\*innen, und jenen, die sich selbst als diskriminiert betrachteten, die Bedeutsamkeit von Referenden als demokratisches Prinzip höher eingestuft wurde, die Entscheidungsgewalt für Bürger\*innen in der Praxis allerdings wesentlich schwächer bewertet wird. Dasselbe gilt auch für Menschen, die sich am unteren Ende der Gesellschaft sehen. Zuletzt zeigte eine Studie in den Niederlanden (Zaslove et al. 2021), dass Wähler\*innen mit populistischen Einstellungen, entgegen ihrer Hypothesen, nicht nur häufiger an Demonstrationen beteiligt sind und stärker die Anwendung von Referenden unterstützen, sondern auch häufiger deliberative Formen der Demokratie unterstützen.

Für den österreichischen Kontext konnte Ennser-Jedenastik (2018) zeigen, dass allen voran FPÖ-Wähler\*innen nach der Nationalratswahl 2017, als ihre Partei in der Regierung vertreten war, mit der Demokratie in Österreich zufriedener waren als zuvor in der Opposition.

Diese Herangehensweise liegt dem Rational Choice Ansatz zugrunde, dieser geht von rational handelnden Individuen aus, die anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung Entscheidungen treffen. In dem von Keys (1966) geprägten Konzept der retrospektiven Wahlentscheidung steht die zeitliche Komponente, die sich aus der retrospektiven Erfahrung und der Parteiidentifikation zusammensetzt, im Zentrum. Folglich führt eine positive Beurteilung der aktuellen Regierungsparteien zu einer Wiederwahl und ein negatives Fazit zur Unterstützung einer Oppositionspartei oder zum Fernbleiben von der Wahl. Das Ergebnis einer persönlichen Leistungsbeurteilung wirkt sich also auf die individuelle Wahlentscheidung aus. Weiterführend ist auch davon auszugehen, dass Bürger\*innen, die mit der Arbeit der aktuellen Bundesregierung zufrieden sind, weniger stark einen Reformbedarf sehen als jene, die viele Entscheidungen hinterfragen. Zudem konnte in der Literatur bereits herausgestellt werden, dass der Outcome gegenüber dem Input bei Wähler\*innen eine übergeordnete Rolle einnimmt (Arvai/ Froschauer 2010; Arnesen 2017). Wenn die politischen Entscheidungen persönlich gewünschten Vorstellungen entsprechen, so ist zweitrangig, welcher politische Prozess diese herbeigeführt hat.

Daran anknüpfend gehe ich davon aus, dass regierungskritische Wähler\*innen eine Ausweitung direktdemokratischer Elemente anstreben, da sie sich so, zumindest in einzelnen Bereichen die Möglichkeit eines wünschenswerteren Outputs versprechen können. Daher lautet meine erste Hypothese:

*(H1) Je positiver Bürger\*innen gegenüber der Regierung eingestellt sind, desto eher lehnen sie einen Ausbau der direkten Demokratie ab.*

Denkt man den Rational-Choice-Ansatz noch ein Stück weiter, so ist es naheliegend, dass WählerInnen nicht zu allen Sachfragen gleiche Prozesspräferenzen haben, vielmehr berücksichtigen sie auch, wie aussichtsreich der jeweilige Entscheidungsmechanismus für die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Einstellungen ist. Des Weiteren ist es denkbar, dass BürgerInnen auch abwägen, wie kompetent ihre Mitmenschen sind, um alle Aspekte und Folgen, die eine Entscheidung mit sich bringt, richtig abzuwägen. Diese Faktoren legen also nahe, dass die Zustimmung zu direkter Demokratie nicht hinsichtlich aller Themenfelder gleich sein muss (Werner 2020; Dean 2016; Wojcieszak 2014). Zusätzlich konnten Peter Esaiasson, Mikael Persson und Torun Lindholm (2016) zeigen, dass die prozedurale Fairness-Forschung (*procedural fairness*

study), die zur Analyse der Beziehungen der Bürger zu verbindlichen Entscheidungen dient, in weiten Teilen korrekt ist. Objektive Verfahrensvereinbarungen, die den Regierungsbehörden zur Verfügung stehen, wirken jedoch wesentlich schwächer als die Zielsetzung, dass ein gewünschtes Ergebnis erzielt wird. Daher lautet meine zweite Hypothese:

*(H2) Bürger\*innen entscheiden abhängig von der jeweiligen Sachfrage, ob die Involvierung des Volks mittels Abstimmung prinzipiell möglich sein sollte, oder ob diese in jedem Fall Repräsentant\*innen überlassen werden muss.*

#### 4.1.1. Status quo

Werner (2020) konnte für die Niederlande zeigen, dass für BürgerInnen auch die Frage relevant ist, wie sie ihre jeweiligen persönlichen Positionen am ehesten verwirklichen können. Ersichtlich wird das am Status quo und daran, ob sich BürgerInnen selbst in der Mehrheit sehen. Für den Status quo gehe ich daher davon aus, dass WählerInnen, die eine spezifische Veränderung wünschen, eher bereit sind darüber abzustimmen. Das Argument hierbei ist, dass diese Personengruppe im Fall, dass das Referendum negativ ausfällt, nichts verliert und wenn es zu ihren Gunsten endet, von der Abhaltung profitiert hat (Schuck/ De Vreese 2009).

Für Personen, die mit dem Status quo zufrieden sind, kann hingegen vice versa argumentiert werden, für sie bietet das Referendum keinerlei Möglichkeit, nach dem Referendum ein für sie bevorzugtes Ergebnis zu erhalten. Wenn eine Reform abgelehnt wird, so können sie im besten Fall erreichen, dass diese für die nächsten Jahre von der politischen Tagesordnung verschwindet. Daraus folgt der erste Teil meiner zweiten Hypothese:

*(H2.1.) Bürger\*innen, deren persönliche Einstellung in bestimmten Sachfragen vom Status quo abweicht, befürworten eher, dass mittels Volksabstimmung über diese entschieden wird.*

#### 4.1.2. Mehrheit

Das Argument der Bürger\*innen, die sich selbst in der Mehrheit wännen, ist wiederum, dass sie im Fall einer Abstimmung wenig zu befürchten haben, und daher befürworten sie diese auch eher. Wenn der Status quo bevorzugt wird, so wird durch ein Referendum ihre Meinung untermauert und Delegierten, die eine Änderung anstreben, für die nächsten Jahre ein Riegel vorgeschoben. Streben sie eine Änderung an, so bietet eine Volksabstimmung den idealen Weg für eine Gesetzesänderung, denn Repräsentant\*innen könnten ohne die Einbindung des Volkes, den Mehrheitswillen übergehen.

Hingegen ergibt sich ein konträres Bild, wenn Wähler\*innen denken, sie seien bei einer Sachfrage in der Minderheit. So würde, wenn sie den Status quo befürworten, ein Referendum eine unerwünschte Änderung herbeiführen und wenn sie den Status quo ablehnen, würde dieser bestätigt werden und eine etwaige Überarbeitung durch Delegierte unterbinden. Aus dieser Annahme ergibt sich der zweite Teil meiner zweiten Hypothese:

*(H2.2.) Wenn sich Bürger\*innen bezüglich eines politischen Vorschlags in der Mehrheit sehen, befürworten sie eher, dass mittels Volksabstimmung darüber entschieden wird.*

#### 4.1.3. Die Stabilität des Status quo

Die Studie von Werner (2020) beschränkt sich auf diese beiden Aspekte, den Status quo und die Frage, ob sich BürgerInnen selbst in der Mehrheit sehen. Weiterführend ist aus meiner Sicht allerdings auch zu bedenken, dass der Status quo keine unveränderliche Konstante ist und auch von Entscheidungsträger\*innen abseits von direktdemokratischen Verfahren geändert werden kann. So glaube ich, wenn Wähler\*innen davon ausgehen, dass der Status quo, ihrer Position entsprechend, in den nächsten Jahren von Repräsentant\*innen geändert werden könnte, die Bereitschaft zu einer Abstimmung abnimmt. Die Durchführung eines Referendums stellt das Risiko dar, dass Wähler\*innen anders darüber entscheiden als die Delegierten. Denken sie, dass keine Adaptierung erfolgen wird, so unterstützen diese Bürger\*innen verstärkt die Abhaltung von Abstimmungen, weil nur durch ein direktdemokratisches Verfahren diese Anpassung herbeigeführt werden kann.

Vice versa gilt für jene Bürger\*innen, die den Status quo beibehalten wollen und von einer baldigen Änderung der Repräsentant\*innen ausgehen, dass sie ein Referendum stärker befürworten. Gehen sie hingegen nicht von einer baldigen Änderung durch Delegierte aus und befürworten sie den Status quo, so lehnen sie Volksabstimmungen eher ab. Dementsprechend gehe ich davon aus, dass BürgerInnen auch diesen Faktor berücksichtigen, um ihrer Position die beste Möglichkeit für eine Umsetzung zu gewährleisten. Der dritte Teil meiner zweiten Hypothese lautet daher:

*(H2.3.) Je stärker Bürger\*innen davon ausgehen, dass der Status quo zeitnah zu ihren Gunsten geändert werden könnte, desto eher lehnen sie eine Abstimmung darüber ab.*

## 4.2. „Einfache“ versus „schwierige Issues“

Als weiteren Ansatz will ich auch die von Carmines und Stimson bereits 1980 entwickelte Unterscheidung zwischen „einfachen-“ und „schwierigen Issues“ berücksichtigen. Einfache *Issues* beziehen sich auf allgemein verständliche Fragen der Sozialmoral und sind „nicht- technische“ Sachfragen, bei denen sich WählerInnen selbst in der Lage sehen diese in einer Abstimmung zu beantworten.

Wenn die Kriterien zur Beantwortung des *Issues* allerdings undurchsichtig und kompliziert werden, so gelten sie als „schwierige“ Themen und Bürger\*innen bevorzugen es, wenn sie derartige Entscheidungen an Repräsentant\*innen delegieren können.

Für Wojcieszak (2014) war es daher relevant zu untersuchen, inwieweit diese Unterscheidung einen Einfluss darauf hat, ob WählerInnen die Durchführung eines Referendums oder die Entscheidungen durch Delegierte bevorzugen. Persönliche Angelegenheiten sind für diese Sachverhalte weniger relevant, vielmehr betreffen sie die Gesellschaft als Ganzes (McCombs 2004). So fallen wirtschaftliche Fragestellungen typischerweise in die Kategorie von schwierigen Themenfeldern. Die technischen Komponenten und Auswirkungen von staatlichen Lenkungsmaßnahmen auf öffentliche und private Akteure sind komplex (Wojcieszak 2014: 923).

Hingegen wird zum Beispiel „Abtreibung“ üblicherweise als leichte politische Sachfrage kategorisiert, zumal bei der Beantwortung die Sozialmoral die größte Rolle spielt und man hier nicht so leicht auf Expertenwissen zurückgreifen kann. Aus dieser Annahme ergibt sich der letzte Teil meiner zweiten Hypothese:

*(H2.4.) Für einfache Sachfragen bevorzugen Bürger\*innen eher direktdemokratische Entscheidungsverfahren und für schwierige ziehen sie repräsentative vor.*

Um sich ein adäquates Urteil darüber erlauben zu können, ob Wähler\*innen kompetent genug sind, um bei Volksabstimmungen Entscheidungen zu treffen, ist allerdings auch die Beantwortung der Frage relevant, wie sie zu ihrem Wahlentscheid kommen. So ermöglichen Techniken wie speziell designte Surveys, spieltheoretische Kommunikationsmodelle und Laborexperimente, diese Frage zu beantworten (Lupia/ Matsusaka 2004).

Während in den 1950er und 60er Jahren die einhellige Meinung in der Forschung war, dass die politische Kompetenz von Bürger\*innen, Entscheidungen zu treffen, sich auf einem sehr niedrigen Level befinden, so hat nach Sniderman (1993) nunmehr “the New Look in Public Opinion Research” stattgefunden. Ein niedriges politisches Interesse, das zu schlecht informierten Wähler\*innen führt spielt, keine große Rolle, weil auch diese Menschen in der Lage sind, mithilfe von “short-cuts” begründbare Entscheidungen zu treffen. Dementsprechend neigen Bürger\*innen dazu, ihnen nahestehenden politischen Parteien, Interessengruppen, Expert\*innen und Medien zu vertrauen und deren Resümee zu einer Sachfrage zu übernehmen. Weitere Vertreter dieser Sichtweise sind Arthur Lupia und Mathew D. McCubbins (1998) sowie Benjamin I. Page und Robert Y. Shapiro (1992).

## 5. Daten und Design

Um die aufgestellten Hypothesen einem empirischen Test zu unterziehen ist ein Design von Nöten, das eine Analyse sowohl unter den verschiedenen Teilnehmer\*innen (*between individuals*) als auch innerhalb der einzelnen Befragten (*within individuals*) ermöglicht. Die Daten desselben Individuums über mehre Themenfelder ermöglichen es zu erheben, ob dieses die Abhaltung zu manchen Sachfragen unterstützt und zu anderen ablehnt, und inwiefern dieser Zusammenhang anhand von persönlichen Werten, dem Gefühl, sich in der Mehrheit zu befinden, der Stabilität des Status quo und dem Grad der benötigten Kenntnis zur Beantwortung der Sachfrage, erklärt werden kann. Ein zusätzlicher Vorteil des *within* Designs ist, dass die Zuverlässigkeit des kausalen Zusammenhangs gestärkt wird, zumal Kontrollvariablen, wie bspw. demografische Faktoren, in dieser Analyse konstant gehalten werden und somit ausgeschlossen werden können.

Die spärliche Anwendung direktdemokratischer Verfahren in Österreich macht es zu einem repräsentativen Fallbeispiel für viele andere europäische Staaten. In Ländern, in denen Volksabstimmungen ein grundlegender Bestandteil sind, wie es in der angrenzenden Schweiz der Fall ist, ist davon auszugehen, dass ein Lerneffekt auftritt, wenn sich Wähler\*innen rotierend immer wieder sowohl auf der Gewinner-, als auch der Verliererseite wiederfinden. So ist es auch nach Kristof Jacobs (2018) äußerst wichtig bei der Forschung zu Referenden nicht nur den Blick auf die USA und die Schweiz zu richten, die in der Literatur bereits umfänglich zu diesem Thema behandelt wurden, sondern auch darüber hinaus auf andere westliche Staaten.

Die politische Wirksamkeit direktdemokratischer Instrumente steht, in der Wahrnehmung vieler Bürger\*innen in Abhängigkeit zum Ausmaß ihrer Verbindlichkeit. So stellt nach Wirnsberger und Haller (2015: 27f) die Volksbefragung nur für 60% der wahlberechtigten Österreicher\*innen „(...) eine echte Gelegenheit zur politischen Mitentscheidung dar (...)“, während dies für 74% hinsichtlich von Volksabstimmungen gilt. Um, aus Sicht der Befragten, eine höhere Verbindlichkeit für die Befragten zu suggerieren, bezieht sich der Fragebogen daher auf Volksabstimmungen. Zur Erhebung der Informationen zu Präferenzen zur Abhaltung von Referenden sowie zur persönliche Einstellung und der persönlichen Wahrnehmung darüber, ob man sich selbst in der Mehrheit sieht, ob es zu einer baldigen Änderung des Status quo kommen könnte, und ob es sich um eine „einfache“ oder „schwierige“ Sachfrage handelt, habe ich Daten

von 513 österreichischen Staatsbürger\*innen, sowie Wohnbürger\*innen ohne Staatsbürger\*innenschaft, über sechs verschiedene Politikvorschläge auf nationaler Ebene erfasst.

## 5.1. Datenerhebung

Zur Erfassung der Daten der 513 Teilnehmer\*innen diente mir die Onlineplattform des Meinungsforschungsunternehmens „SurveyMonkey“ im Zeitraum vom 12. September 2020 bis zum 31. Oktober 2020. Die Befragten sind in allen neun Bundesländern wohnhaft, zu 54.93% weiblich, in den Jahren zwischen 1935 und 2004 geboren und dementsprechend im wahlberechtigten Alter (16 Jahre und älter). 7.8%, bzw. 40 Teilnehmer\*innen besitzen keine österreichische Staatsbürger\*innenschaft, verfügen allerdings über ausgeprägte Deutschkenntnisse, zumal der Fragebogen nicht mehrsprachig angeboten wurde. Dadurch wurde auch sichergestellt, dass Ausländer\*innen nur dann an der Umfrage partizipieren konnten, wenn sie zumindest theoretisch dazu in der Lage waren, sich über politische Gegebenheiten und Entwicklungen in der Landessprache zu informieren. Gemessen an allen in Österreich lebenden Ausländer\*innen wurde so eine besser informierte Gruppe an Nicht-Staatsbürger\*innen angesprochen. Die Berücksichtigung dieser Personengruppe war mit keinem Mehraufwand bei der Datenerhebung verbunden und hat es zum einen ermöglicht, die Stichprobengröße anzuheben und zum anderen, auch Werte von Wohnbürger\*innen ohne Staatsbürger\*innenschaft und damit direkt oder indirekt Betroffene aller Themenfelder zu berücksichtigen.

Da mir bei meinem Projekt keine finanziellen Unterstützungen zur Verfügung standen, musste ich bei der Datenerhebung auf kostenintensive Verfahren zur Erreichung einer repräsentativen Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Region, verzichten. In einem ersten Schritt habe ich den Link zur Umfrage unter Bekannten und sozialen Netzwerken verbreitet. In Wien habe ich auch Flyer mit einer kurzen Information zu meiner Person, zur Umfrage und mit einem QR-Code am Donaukanal, auf der Donauinsel und im Rudolf Bednar Park verteilt. In Niederösterreich wiederum habe ich in den Bezirken Tulln und Amstetten, in der Steiermark im Bezirk Hartberg,

in Oberösterreich in Wels und in Salzburg direkt in der Landeshauptstadt, Flugzettel verteilt. Dementsprechend habe ich alle Bundesländer mit über 1.000.000 Einwohner\*innen und Salzburg direkt für die Datengewinnung bereist. Die Teilnehmer\*innen aus den übrigen Bundesländern, sowie Auslandsösterreicher\*innen, gelangten über soziale Netzwerke zur Befragung. Die beiden einwohnerreichsten Bundesländer, Wien und Niederösterreich, sind mit 40.74% bzw. 38.01% unter den Befragten deutlich überrepräsentiert. Alle anderen Bundesländer sind, gemessen an ihrer Einwohner\*innenzahl, unterrepräsentiert, besonders stark gilt dies für die Länder Tirol, Kärnten und Vorarlberg.

Tabelle 1: Wohnort nach Bundesland

<b>Antwortoptionen</b>	<b>Beantwortungen</b>	
Wien	40.74%	209
Niederösterreich	38.01%	195
Oberösterreich	7.80%	40
Salzburg	5.85%	30
Steiermark	2.92%	15
Burgenland	1.56%	8
Tirol	1.17%	6
Kärnten	0.78%	4
Vorarlberg	0.58%	3
Auslandsösterreicher*innen	0.58%	3
<b>Gesamt</b>		<b>513</b>

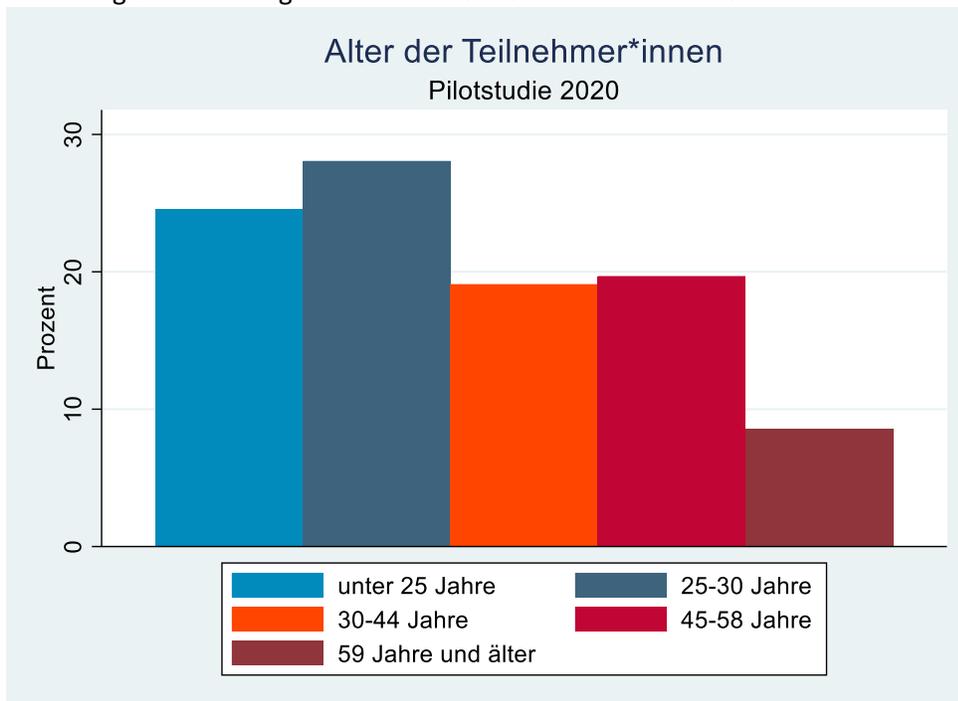
Quelle: (Pilotstudie 2020); n= 513.

Hinzukommt, dass es wesentlich einfacher war jüngere Menschen zu erreichen. Das ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Zum einen darauf, dass sich in den Umfragedaten teilweise mein Bekanntenkreis widerspiegelt und dieser sich zu einem großen Teil aus jüngeren Menschen zusammensetzt, zum anderen, weil es die Verbreitung mittels Flyer ebenfalls erschwert, ältere Menschen für eine Teilnahme zu gewinnen. Außerdem bestehen in dieser Bevölkerungsgruppe eher Hürden hinsichtlich einer Teilnahme, wie zum Beispiel beim Einscannen des QR-Codes oder prinzipiell durch die Austragung über das Internet. Des Weiteren ist bekannt, dass vor allem diese

Gruppe, aufgrund der zum Zeitraum der Befragung bestehenden Gefahr durch Covid-19, vorsichtiger im Umgang mit anderen Menschen waren.

Dadurch bildet die Gruppe im Alter zwischen 16 und 29 Jahren mehr als die Hälfte (52.63) der Befragten. Dabei ist die Gruppe der unter 24-Jährigen, mit 24.56%, etwas kleiner als jene im Alter von 25 bis 30 Jahren (28.07%). Die übrigen Teilnehmer\*innen setzen sich zu 19.10% aus Personen im Alter zwischen 30 und 44 Jahren, zu 19.69% aus 45 bis 58-Jährigen und nur zu 8.58% aus Teilnehmer\*innen, die über 59 Jahre alt waren, zusammen.

Abbildung 1: Balkendiagramm zum Alter der Teilnehmer\*innen



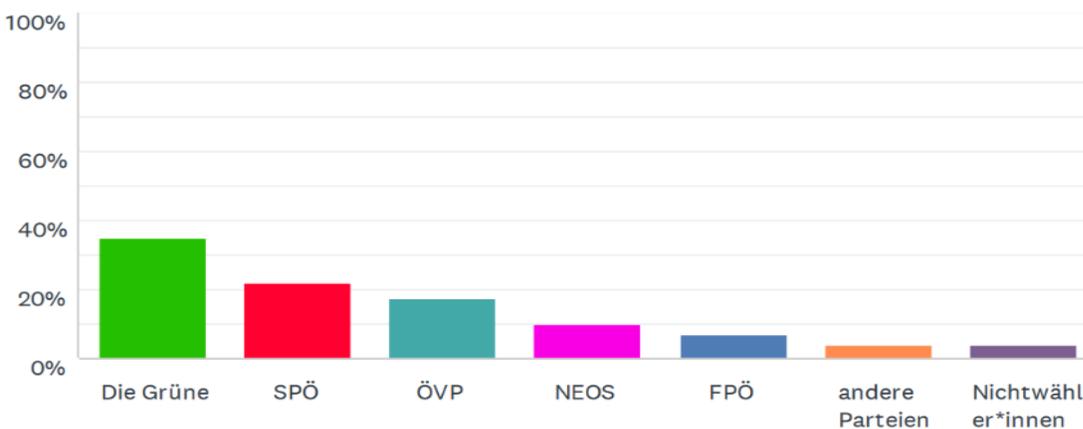
Antwortoptionen	Beantwortungen	
Unter 25 Jahre	24.56%	126
25-30 Jahre	28.07%	144
30-44 Jahre	19.10%	98
45-58 Jahre	19.69%	101
59 Jahre und älter	8.58%	44
<b>Gesamt</b>		<b>513</b>

Quelle: Pilotstudie 2020; n= 513.

Auch bei den Angaben zur Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl 2019, zu der nur Teilnehmer\*innen mit österreichischer Staatsbürger\*innenschaft gefragt wurden, sind erhebliche Unterschiede zu den tatsächlichen Werten festzustellen. Während die Grünen hier tatsächlich nur 10.51% (unter Berücksichtigung der Gruppe der Nichtwähler\*innen) erreichten, befanden sich, in der Gruppe der Befragten, 34.62% Grünwähler\*innen.

In deutlich schwächerem Umfang waren die Wähler\*innen der SPÖ mit einem Anteil von 22.37% ein wenig überrepräsentiert (tatsächlich 16.01% der Wahlberechtigten). Ebenfalls sehr leicht überrepräsentiert waren Wähler\*innen der Neos und von Parteien, die im österreichischen Parlament nicht vertreten sind. Unterrepräsentiert waren wiederum Wähler\*innen der ÖVP und der FPÖ, besonders stark jedoch die Gruppe der Nichtwähler\*innen, die unter den Teilnehmer\*innen an der Umfrage lediglich 3.66% verbuchen, tatsächlich blieben allerdings 24.41% der wahlberechtigten Österreicher\*innen der NR-Wahl fern. Mit dieser Problematik müssen auch andere Umfragen umgehen und damit war aufgrund des Settings meines Surveys, bereits im Vorhinein zu rechnen.

Abbildung 2: Balkendiagramm zum Umfrageergebnis zum Abstimmungsverhalten bei der NR- Wahl 2019



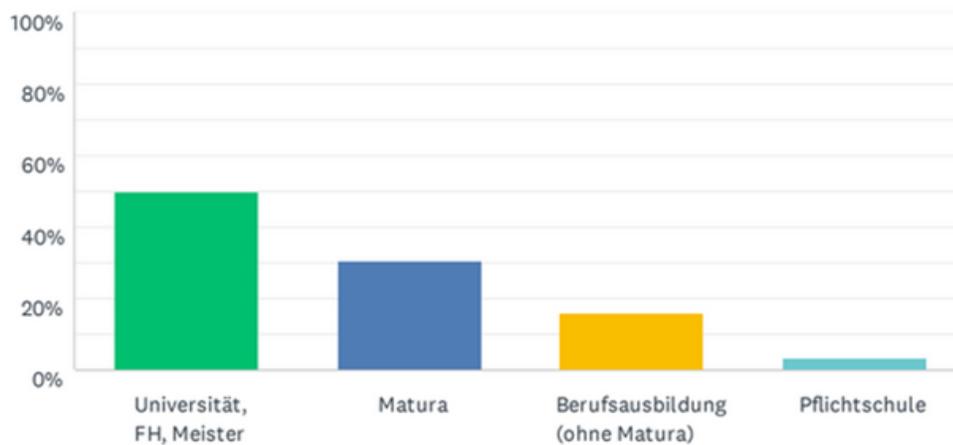
Antwortoptionen	Beantwortungen	
Die Grünen	34.62%	161
SPÖ	22.37%	104
ÖVP	17.85%	83
Neos	10.11%	47
FPÖ	7.31%	34
eine andere Partei	4.09%	19
Nichtwähler*innen	3.66%	17
<b>Gesamt</b>		<b>465</b>

Quelle: Pilotstudie 2020; n= 465.

Die folgende Grafik zum Bildungsabschluss der Befragten verdeutlicht, dass diese nicht mittels Zufallsstichprobe ermittelt wurden. Knapp die Hälfte der Teilnehmer\*innen besitzt einen Abschluss an einer Universität, einer Fachhochschule oder als Meister. Dieser Anteil liegt weit über dem österreichischen Durchschnitt. Hinzu kommt mit 30.65% eine hohe Quote an Maturant\*innen, die sich zu 38.69% noch in Ausbildung befanden.

Folglich war der Anteil der Befragten, deren höchster Abschluss eine Berufsausbildung ohne Matura bzw. eine Pflichtschule ist, mit 15.88% und lediglich 3.58% sehr stark unterrepräsentiert.

Abbildung 3: Balkendiagramm zum Bildungsniveau



Antwortoptionen	Beantwortungen	
Universität, FH, Meister	49.89%	223
Matura	30.65%	137
Berufsausbildung ohne Matura	15.88%	71
Pflichtschule	3.58%	16
<b>Gesamt</b>		<b>465</b>

Quelle: Pilotstudie 2020, n= 465.

## 5.2. Bestehende Surveys

Im Jahr 2012 wurden Teilnehmer\*innen der European Social Survey (ESS) gefragt, wie wichtig es ihnen sei, dass BürgerInnen mittels Abstimmung endgültig über politische Sachfragen entscheiden können sollten (ESS 2012). Dies wäre eine wichtige Frage im Zusammenhang mit meiner Arbeit, leider war Österreich in diesem Jahr allerdings kein Teil der Studie. Mitgenommen werden kann hier nur, dass der Wunsch nach einem Ausbaus direkter Demokratie über Europa hinweg besteht (72,2% der Befragten gaben hier zumindest den Wert 8 von 10 an).

Bei dem World Values Survey (WVS) Wave 7 (2017-2020) wurden Teilnehmer\*innen gebeten, zwischen „der Bewahrung der Ordnung in der Nation“, „dem Ausbau des Mitspracherechts von BürgerInnen bei politisch wichtigen Sachfragen“, „der Bekämpfung steigender Preise“ und „dem Schutz der Meinungsfreiheit“ ihre beiden wichtigsten Anliegen zu wählen. Damit eignet sich auch diese Umfrage nicht für meine Arbeit, denn mit dieser Fragestellung wurden keine Einstellungsmuster der Befragten zur direkten Demokratie abgefragt.

Beim International Social Survey Programme (ISSP) wiederum, das im Jahr 2014 den Fokus auf "Citizenship" legte, wurde die Haltung zu einer Erweiterung der Möglichkeiten im öffentlichen Entscheidungsprozess, auf einer Skala von 1-7, abgefragt (ISSP 2014). Allerdings wird bei der Betrachtung des Fragenkatalogs auch hier deutlich, dass die aufgestellten Hypothesen mit dieser Befragung nicht möglich sind. So wird hier, in Bezug auf direkte Demokratie, weder auf die Erwartungshaltung von Befragten (die Befürchtung eines persönlichen Nachteils oder ob von einem Vorteil ausgegangen wird), noch auf konkrete Sachfragen eingegangen.

Schlussendlich hat auch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) unter der Leitung von Haller (2012) eine Studie zu direkter Demokratie in Österreich durchgeführt. Bedauerlicherweise erfüllt aber auch dieser Fragebogen nicht die Anforderungen meines Vorhabens.

### 5.3. Design

Um vor der Befragung allen Teilnehmer\*innen eine genauere Vorstellung über die Implikationen von Volksabstimmungen zu liefern, haben sie vorab diese Erläuterung erhalten:

*„In Österreich werden Entscheidungen fast ausschließlich von gewählten Repräsentant\*innen getroffen. In vielen Ländern und auch hierzulande gibt es immer wieder Debatten darüber, ob mehr Entscheidungen direkt getroffen werden sollten, z.B. mittels Volksabstimmungen. Diese sind verbindlich, müssen also von der Regierung umgesetzt werden. Dabei wird gefragt, ob ein Gesetzesbeschluss des Nationalrats Gesetzeskraft erlangen soll. Die Frage wird mit Ankreuzen eines Ja-Feldes oder eines Nein-Feldes beantwortet.“*

Anschließend habe ich im Fragebogen eine einheitliche 7-stufige Likert-Skala angewendet: Bei der Frage, wie sehr die Befragten einen Ausbau direkter Demokratie in Österreich befürworten, stellte sich das dabei bspw. folgendermaßen dar: 1 = „überhaupt nicht“ bis 7 = „sehr“.

Die Auswahl der sechs Politikvorschläge auf nationaler Ebene erfolgte mit dem Ziel, möglichst viele Politikfelder abzudecken, die Auswahl der Themen mittels der Vorhaben aus dem Regierungsprogramm, dem Eurobarometer (Europäische Kommission 2017) und den Fragen zur Nationalratswahl 2019 auf [wahlkabine.at](http://wahlkabine.at) (2019). Außerdem sollten Sachfragen, die zur Zeit der Befragung in der Öffentlichkeit intensiver behandelt wurden (Pfandsystem für Getränkeverpackungen, die zusätzliche Unterstützung von Arbeitslosen) und nach der Unterscheidung von Carmines und Stimson (1980) sowohl „leichte“ als auch „schwierige Issues“ betreffen. Zu guter Letzt sollten auch verschiedene Gruppen in der Gesellschaft mit gegensätzlichen Prioritäten wie reichere und ärmere Schichten, angesprochen werden. Die wichtigsten unabhängigen Variablen waren dabei die persönlichen Einstellungen zu den verschiedenen Sachfragen, ob man sich hierbei in der Minderheit oder in der Mehrheit unter den Wahlberechtigten sieht, die Frage, für wie wahrscheinlich man es hält, dass der Status quo in der laufenden oder in der unmittelbar darauffolgenden Legislaturperiode geändert werden könnte und ob man sich zur Beantwortung der Frage intensiv damit beschäftigen bzw. auf Expertenwissen

vertrauen müsse, oder ob diese mit den moralischen Werten beantwortet werden können. Diese Fragenbatterie wurde jeweils zu allen sechs Sachfragen erhoben.

Im Folgenden werden nun alle sechs in der Umfrage berücksichtigten politischen Vorschläge genauer beschrieben.

### 5.3.1. Die Einführung einer Vermögenssteuer

Bei der Frage nach der Einführung einer Vermögenssteuer zeigt sich, dass diese durchaus mehrheitsfähig ist. So ergab eine Studie der OECD (2019), dass 71 Prozent der Österreicher\*innen die Einführung einer Reichensteuer befürworten. Ein fast identes Ergebnis ergab auch die Befragung des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) (2012). Hier gaben 71.85% an, eine Reichensteuer zu befürworten und nur 28.15% waren dagegen (ebd.). Die Zusammensetzung der Teilnehmer\*innen meiner Pilotstudie (2020) eignet sich hier weniger gut, ein Stimmungsbild der gesamten Bevölkerung einzufangen. Dennoch zeigt sich hier mit einer Zustimmung von 73.36% ein überraschend ähnliches Bild. Auch bei der medialen Tonalität kommen, im Kontext der durch die COVID-19-Pandemie rapid steigenden Staatsschulden, Befürworter\*innen einer Reichenabgabe wesentlich stärker zur Geltung. META Communication International hat zwischen März und September 2020 mehr als 200 relevante Artikel erfasst und inhaltsanalytisch zum Themenbereich Erbschafts- und Vermögenssteuern ausgewertet (APA 2020a). Rund 62% aller erfassten Aussagen zeigen ein positives Bild einer höheren Besteuerung von Vermögen, wohingegen 29% diese zwiespältig bis kritisch sehen und lediglich neun Prozent eine sachlich neutrale Darstellung aufweisen.

*„Das einfache Bild »Jeder muss seinen Beitrag leisten« sowie »Wer mehr hat, soll mehr beitragen« findet sich in der Argumentation fast aller Befürworter und erweist sich als äußerst robust, leicht verständlich und zitierbar“ (ebd.).*

Dahingegen fällt es Gegner\*innen ungleich schwerer das Bild der Problematik einer zusätzlichen Belastung systemtragender Kräfte zu vermitteln. Die Befragten meiner Pilotstudie (2020) taten sich hier allerdings schwer, diese Mehrheitsverhältnisse adäquat abzuschätzen: Während sich nur

40.25% der Gegner\*innen in der Minderheit unter den Wahlberechtigten sahen, glaubte unter den Befürworter\*innen nur etwas mehr als ein Drittel (33.97%) sich in der Mehrheit zu befinden. Gleichzeitig wollten sich 28.11% der Teilnehmer\*innen nicht festlegen.

### 5.3.2. Die Einführung eines Pfandsystems für Getränkeverpackungen (Plastikflaschen, Dosen)

Das Argument für die Einführung eines Pfandsystems ist, dass innerhalb der letzten zehn Jahre der Abfall aus Plastikverpackungen wie PET-Flaschen, Folien und Bechern in Österreich um rund 30 Prozent auf über 300.000 Tonnen jährlich gestiegen ist (Van Eygen/ Fellner 2019). Darauf beruht auch die Forderung von Greenpeace nach einem Pfandsystem, bei dem 80% der Getränke in Mehrwegflaschen abgefüllt werden (APA 2021).

Dahingegen warnte die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) vor allem vor der weiteren Belastung von kleinen Nahversorgern, die diese Maßnahme darstellen würde. Stattdessen appellierte die WKÖ für den Ausbau bestehender Sammelsysteme und für die Orientierung an österreichweit führenden Best-practice-Beispielen.

Auch rund um das Vorhaben der Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (die Grünen), die sich noch im September 2020 zuversichtlich zeigte, ein Modell für die Einführung eines Pfandsystems bis Ende 2020 vorlegen zu können, ist es seither sehr ruhig geworden. Zurückzuführen ist das nicht zuletzt auf den Koalitionspartner, der darauf verweist, dass Pet-Flaschen nur 8% des Plastikmülls ausmachen würden, und die geringeren Sammelquoten in einzelnen Bundesländern, wie bspw. in Wien, anprangert (APA 2020b).

Folgt man den Ergebnissen der von GLOBAL 2000 (2020) durchgeführten Studie, so spricht sich mit 83% eine große Mehrheit für ein Einweg-Pfandsystem in Österreich aus. Noch deutlicher fiel dieses Ergebnis in meiner Pilotstudie (2020) aus, bei der 91.54% die Einführung eines Pfandsystems für Getränkeverpackungen (Plastikflaschen, Dosen) begrüßten.

### 5.3.3. Die Senkung der Unternehmenssteuern

Die Frage nach der Senkung der Unternehmenssteuern erfolgte mit dem Verweis, dass darunter alle Steuern, die ein Unternehmen zu entrichten hat, fallen. Dabei wird zwischen der Ertragsbesteuerung, (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer), der Verbrauchsbesteuerung (Umsatz- und Grunderwerbsteuer) und der Substanzbesteuerung (Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer) unterschieden.

Im Regierungsprogramm der ÖVP und der Grünen (2020) wurde hier eine Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) von derzeit 25 auf 21 Prozent, ohne fixen Zeitpunkt verankert. Seither wurden, aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Krise, umfängliche finanzielle Hilfen für Unternehmen, Härtefall-Fonds für Ein-Personen- und Kleinstunternehmer\*innen, ein Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz, ein Ausfallbonus, Kreditgarantien, Stundungen von Steuern, ein Sonderkreditrahmen für Exporteure, ein Schutzschirm für Veranstalter und Investitionsprämien beschlossen.

In dieser Sachfrage sind die bestehenden Mehrheitsverhältnisse schwer abzuschätzen und vom genauen Zeitpunkt der Umfrage abhängig. Bei der Pilotstudie (2020) lehnten 41.58% die Senkung der Unternehmenssteuern ab, weitere 27.93% zeigten sich bei dieser Frage indifferent und 30,49% befürworteten diese.

### 5.3.4. Ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ohne medizinischen Grund

Für Abtreibungen gilt, dass durch die Stimmen der absoluten SPÖ-Mehrheit, im Jahr 1974 ein Gesetz verabschiedet werden konnte, wodurch die Abtreibung seit 1975 straffrei ist, wenn sie, nach einer ärztlichen Beratung und innerhalb der ersten drei Monaten der Schwangerschaft erfolgt.

Seit der Einführung dieser Fristenlösung hat sich auch das Bild in der Öffentlichkeit sehr verändert. Während 1975 noch fast 900.000 Menschen das von dem Verein "Aktion Leben" initiierte Volksbegehren gegen die Fristenregelung unterschrieben, unterstützten 2019 nur rund 60.600 die Petition „#Fairändern“, die die Fristenregelung nicht abschaffen, aber wesentlich strenger regeln will (Hausbichler 2019). Trotz der zahlenmäßig geringen Unterstützung finden sich darunter unter auch prominente Vertreter\*innen der ÖVP und der FPÖ. Zuletzt forderten die ÖVP-Ministerinnen Susanne Raab und Christine Aschbacher, im Einklang mit dem Verein "Aktion Leben", eine

anonymisierte Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und eine anonyme Erforschung der Motive für Abtreibungen (Hausbichler 2020). Bei der vom IFES (2012) durchgeführten Studie gaben 80.46%, der befragten Österreicher\*innen an, ein Verbot von Abtreibung abzulehnen, während 19.54% dieses befürworteten. Im auf dieser Arbeit zu Grunde liegenden Survey kam die ablehnende Haltung bezüglich eines Verbots mit 82.22%, in einer ähnlichen Dimension zum Ausdruck (Pilotstudie 2020).

### 5.3.5. Die Abschiebung straffällig gewordener Drittstaatsangehöriger

Konträr dazu ist die Frage, ob eine „sofortige Abschiebung krimineller AusländerInnen“ sinnvoll ist, sehr facettenreich. Bei der Frage nach einer sofortigen Abschiebung krimineller AusländerInnen bleibt offen, wie Straffälligkeit definiert wird oder welche Personengruppen damit gemeint sind. Zusätzlich gilt, dass Menschen mit Asyl derzeit nur abgeschoben werden können, wenn sie eine schwere Straftat begangen haben, wie Mord oder Raub, zusätzlich muss es ein rechtskräftiges Urteil geben und eine Haftstrafe von zumindest drei Jahren verhängt worden sein. Außerdem stellen zwar für die europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Grundrechte Charta (EuGH 2016: Art. 19) Mängel im Sozialsystem kein Hindernis für eine Abschiebung dar, jedoch gilt sehr wohl, dass niemand in ein Land, in dem Krieg herrscht oder in dem der Person Folter droht, abgeschoben werden kann. Zudem scheitern viele Abschiebungen daran, dass es keine Rücknahmeabkommen mit dem Herkunftsland gibt und dieses sich weigert die Person zurückzunehmen (Brickner 2019).

Es geht hier um eine Frage der nationalen Sicherheit und wirtschaftliche Interessen, emotionale Untertöne sind eher schwach ausgeprägt. Während die Abschiebungen von gut integrierten Familien und Lehrlingen immer wieder Proteste in Österreich bewirken, und auch in der derzeitigen türkis-grünen Regierung Sprengkraft besitzen, sieht dies für straffällige Ausländer\*innen anders aus. Diese gegensätzlichen Zugangsweisen sind auch bei Betrachtung der Äußerungen des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig (SPÖ) im Kontext der Abschiebung von Schülerinnen erkenntlich: *„Ich bin dort fürs Abschieben - wenn es sich um Gfrasta handelt aber sicher nicht bei Menschen die hier geboren sind und die Österreich als ihre Heimat empfinden (Ludwig 2021).“*

Bei der Bevölkerungsbefragung des IFES (2012) befürworteten 69.12% der Teilnehmer\*innen eine sofortige Abschiebung krimineller Ausländer\*innen, während 30.88% diese ablehnten. Im im Zusammenhang mit dieser Arbeit entstandenen Survey trat ein konträres Bild zutage: Hier vertraten nur 31.72% eine befürwortende Position zu einer Abschiebung straffällig gewordener Drittstaatsangehöriger (Pilotstudie 2020).

### 5.3.6. Die zusätzliche finanzielle Unterstützung von Arbeitslosen

Die Frage der zusätzlichen finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen erfolgte mit dem zusätzlichen Hinweis, dass hier bereits eine Einmalzahlung erfolgt sei. Diese wurde für all jene, die zwischen dem 1. Mai und 31. August 2020 zumindest 60 Tage Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen, in der Höhe von 450€ fällig (Österreichisches Parlament 2020). Zusätzlich dazu wurde am 20. November 2020 eine weitere Einmalzahlung für die Monate September bis November, je nach Dauer der Arbeitslosigkeit, zwischen 150 und 450€ beschlossen. Damit wussten die letzten zwölf relevanten Teilnehmer\*innen der Pilotstudie (2020), dass diese Unterstützung ein weiteres Mal erfolgen würde. Zumal es sich dabei allerdings um einen marginalen Teil der Gesamtbefragten handelt und diese Maßnahme keine allgemeine Erhöhung des Arbeitslosengeldes in der Corona-Krise darstellt, wie es die Oppositionsparteien SPÖ und FPÖ forderten, kann dieser Umstand in der Auswertung unberücksichtigt bleiben.

Der Anfang des Jahres 2021 angelobte Arbeitsminister und anerkannte Ökonom Martin Kocher (ÖVP) tritt für ein degressives Arbeitslosengeld ein, das von 70% auf 55% oder noch darunter sinkt, um den Anreiz einer aktiven Jobsuche zu erhöhen, allerdings erst nach der Krise (Szigetvari 2021).

Zusätzlich zur Kurzarbeit, die als eines der wichtigsten arbeitspolitischen Instrumente während der Pandemie gilt und seit ihrem Höchststand im Mai 2020 mit 1.32 Millionen im Februar 2021 auf 496.000 Arbeitnehmer\*innen zurückging, waren zum gleichen Zeitpunkt 508.923 Menschen arbeitslos gemeldet oder in AMS-Schulung, um 109.564 Personen mehr als im Februar 2020. Gleichzeitig war die Anzahl der sofort verfügbaren Stellen gegenüber Februar 2020 um 13.2 Prozent geringer und lag damit bei 65.444 (APA 2021b).

Auch in dieser Sachfrage sind in der österreichischen Bevölkerung bestehende Mehrheitsverhältnisse schwer abzuschätzen und vom genauen Zeitpunkt der Umfrage abhängig. Die Einstellung der Befragten der Pilotstudie (2020) zu einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung von Arbeitslosen fiel sehr unterschiedlich aus. Während 41.53% diese befürworteten, waren 22.12% unentschlossen und 36.34% lehnten diese ab.

## 5.4 Kontrollvariablen

Per Definitionem ist es für jenen Teil der Testung meiner Hypothesen mit einem *within-subject-design* nicht nötig, Kontrollvariablen zu berücksichtigen. Bei jenem Teil, der ein *between-subject-design* verwendet, sollen folgende Kontrollvariablen berücksichtigt werden:

Angelehnt an das Konzept der *stealth democracy* von Hibbing und Theiss-Morse (2002) ist es sinnvoll, eine Variable, die abfragt, ob mehr Expertenwissen in Entscheidungsprozesse miteinfließen sollte, zu berücksichtigen. So nimmt das Konzept der *stealth democracy* wesentliche Aspekte der elitistischen Demokratietheorien nach Max Weber und Joseph A. Schumpeter und setzt sie, mit einigen Adaptionen, in den modernen Kontext.

*“Stealth democracy [. . . ] is still democracy, and here is why. While people are not eager to provide input into political decisions, they want to know that they could have input into political decisions if they ever wanted to do so. In fact, they are passionate about this. But the difference between the desire to influence political decisions and the desire to be able to provide input if it were ever necessary to do so is substantial” (ibd.: 232).*

Die Meinung, dass Expertenmeinungen stärker berücksichtigt werden sollten, sollte dementsprechend darauf hinweisen, dass das bestehende System, aus Sicht des entsprechenden Befragten verbesserungsfähig ist, was mitunter durch einen Ausbau der direkten Demokratie bewerkstelligt werden kann.

Auch der Einfluss von Risikobereitschaft könnte eine Rolle spielen (Bowler/ Donovan 2007). Generell gilt, dass bei Volksabstimmungen eher der Status quo untermauert wird, wohingegen Initiativen einen innovativeren Effekt mit sich bringen, weil so neue Themen die politische Agenda erreichen (Linder 1999). Auch Bowler und Donovan (2007) konnten zeigen, dass bei großen Unsicherheiten über die Folgen einer Reform die sichere Variante der Beibehaltung des Status quo gewählt wird.

Ähnlich dem bereits besprochenen Konzept kritischer Bürger\*innen von Norris (1999) sehen Anhänger\*innen der kognitiven Mobilisierung nunmehr mehr Menschen, die in der Lage sind, mit der Komplexität von Politik selbständig umzugehen (Dalton 2007). Zurückzuführen ist das auf die flächendeckend zunehmende Bildung, den Zugang zu Massenmedien und *low-cost* Informationen in entwickelten Demokratien. Dementsprechend ist es ebenfalls sinnvoll, politisches Interesse und emanzipative Werte heranzuziehen.

Des Weiteren ist erwiesen, dass die politische Zufriedenheit und andere Maßstäbe für politische Unterstützung negativ mit der Präferenz von Volksabstimmungen korrelieren (Webb 2013; Schuck/ De Vreese 2011/ 2015; Dalton et al.: 2001). Schuck und De Vreese (2011) verorteten in den Niederlanden unter politisch entfremdeten und mit einem Hang zu Sensationsjournalismus neigenden Personen größere Unterstützung für Referenden. Dabei beleuchteten sie in ihrem späteren Werk auch die Rolle von Zynismus (Schuck/ De Vreese 2015). Zudem hat sich gezeigt, dass ein hohes Bildungsniveau negativ mit der Bereitschaft zu einem Ausbau direkter Demokratie korreliert, weshalb ich auch diese Variable erhoben habe (Dalton et al.: 2001; Bengtsson/ Mattila, 2009; Anderson/ Goodyear-Grant 2010; Coffé/ Michels 2014; Bowler/ Donovan 2019). Åsa Bengtsson und Mikko Mattila (2009) konnten in einer in Finnland durchgeführten Studie zeigen, dass bei Bürger\*innen die schlecht informiert sind, sich nicht repräsentiert fühlen und ein niedriges Bildungsniveau besitzen, die Unterstützung für direkte Demokratie höher ist. Ähnliche Ergebnisse für den niederländischen Kontext ließen sich von Hilde Coffé und Ank Michels (2014) verorten, die zeigten, dass Menschen mit niedrigem Bildungsniveau eher direkte und *stealth* Demokratie befürworten.

Ganz ähnlich sieht auch der Befund für Deutschland von Russell J. Dalton, Wilhelm P. Bürklin, und Andrew Drummond (2001) aus. Jene, die am politischen Rand beheimatet und politisch weniger gut informiert sind und extremistische Parteien unterstützen, machen die stärkste Unterstützer\*innengruppe für direkte Demokratie aus. Schließlich konnten auch Cameron

Anderson und Elizabeth Goodyear-Grant (2010) unter schlecht informierten Kanadier\*innen eine größere Unterstützung von direkter Demokratie feststellen. Ihnen zufolge ist unter politisch anspruchsvolleren Bürger\*innen das Vertrauen in Regierungen höher und die Gefahren direkter Demokratie werden stärker wahrgenommen. Schließlich untermauert auch die länderübergreifende Studie von Bowler und Donovan (2019) diese Ergebnisse. Hier zeigte sich, dass gebildete Schichten ihre Möglichkeit zur Einflussnahme bei Referenden niedriger bewerteten, wobei sich zeigt, dass in Ländern in denen häufiger Volksabstimmungen stattfinden die Bewertung allgemein positiver ausfällt. Dieselbe Studie zeigte auch, dass Arbeitslose das Prinzip von Referenden befürworten, dies aber nicht für die Praxis gilt.

Im Einklang mit meiner ersten Hypothese sprechen diese Befunde dafür, dass politisch desillusionierte, enttäuschte und politisch nicht engagierte Bürger\*innen Volksabstimmungen eher als wichtig für die Demokratie wahrnehmen.

Eine weitere Kontrollvariable, die ich miteinbeziehen möchte, ist das politische Effektivitätsbewusstsein. Politisches Effektivitätsbewusstsein lässt sich auch als Erwartung der eigenen Selbstwirksamkeit definieren. Eine frühe Definition lautet, “[the] feeling that individual political action does have, or can have, an impact upon the political process” (Campbell/ Gurin/ Miller 1954: 187). Im weiteren Zeitverlauf wurde die *internal* von der *external Efficacy* unterschieden. *Internal Efficacy* meint die Selbsteinschätzung des Individuums, inwiefern es in der Lage ist, politische Sachverhalte zu erfassen und sich selbst als politisch kompetent einschätzt. *External Efficacy* hingegen betrifft die Erwartung des Einzelnen, das politische System mit den eigenen Handlungen beeinflussen zu können (Glavanovits et al. 2019: 442). Hieraus lassen sich die beiden Dimensionen Kompetenz und Einfluss ableiten, wobei sich diese Arbeit auf den letzteren Aspekt und somit auf die *External Efficacy* konzentriert.

Bisherige Forschungen, die den Gegenstand untersuchten, kamen zu dem Schluss, dass Selbstwirksamkeit einen positiven Effekt auf politische Beteiligung hat (Finkel 1985; Pollock 1983). Die Beziehung zwischen politischer Partizipation und Selbstwirksamkeit beschreibt Steven Finkel als reziprok. Demnach fördert Partizipation Selbstwirksamkeit und vice versa (Finkel 1985). Die psychologische sozial kognitive Theorie von Bandura (1982) geht davon aus, dass die positive Einschätzung der Wirksamkeit die Voraussetzung für (politisches) Handeln darstellt, dies gilt, für alle Bürger\*innen unabhängig von ihrer politischen Orientierung (Vecchione/ Caprara

2009). Im Umkehrschluss resümiert Dirk Jörke (2010), dass Menschen, die sich von politischen Eliten nicht verstanden bzw. nicht respektiert fühlen, sich nachweislich zurückziehen und weniger politisch partizipieren. Für meine Studie liegt daher der Schluss nahe, dass Personen, die bereits einen hohen Grad an Selbstwirksamkeit aufweisen und damit schon jetzt häufiger auf das politische Geschehen Einfluss haben, nicht das Bedürfnis verspüren, eine weitere Partizipationsmöglichkeit wie den Ausbau direkter Demokratie zu unterstützen. Hingegen sehen von der Politik frustrierte, zurückgezogene Menschen darin eher die Möglichkeit, eine Einflussmöglichkeit zu gewinnen.

Nicht zuletzt habe ich auch demografische Faktoren wie Alter und Geschlecht, aber auch das Einkommen berücksichtigt. Im Kontext vielfältiger sozialer Phänomene, von einer Feminisierung der Gesellschaft bis zum Aufstieg Trumps und weltweiten neopopulistischen Tendenzen, hält Inglehart (2018) fest, dass Menschen in wohlhabenderen Gesellschaften, und damit auch in Österreich, postmaterialistische Werte vertreten. Während physische und wirtschaftliche Sicherheit und traditionelle Autoritäten in den Hintergrund rücken, gewinnt die individuelle Freiheit an Bedeutung. Zudem ist ihre Haltung, im Hinblick auf Geschlechterrollen, andere Kulturen und Nationalitäten und alternative Lebensweisen, toleranter. Dabei spielen allerdings auch die vorherrschenden Werte aus der eigenen Jugendzeit eine Rolle. So ist in wohlhabender werdenden Gesellschaften zu beobachten, dass in älteren Personengruppen diese Werte eher unverändert bleiben und jüngere Kohorten postmaterialistischer werden. Der Effekt eines aufsteigenden wirtschaftlichen Wandels bleibt schleppend, zumal diese jüngeren Altersgruppen erst ein Übergewicht in der gesamtheitlichen Bevölkerung erreichen müssen.

Dementsprechend bringt die Altersstruktur meiner Studie zum einen mit sich, dass derzeitige Bestandsaufnahmen weniger stark abgebildet werden können, zum anderen aber auch, dass Ergebnisse daraus längerfristig Bedeutung erhalten.

## 5.5. Untersuchungsstrategie

Bei der Untersuchung des *between-levels* wird das *wide format* beibehalten, um die aufgestellten Hypothesen zu testen, auf der Ebene *within individuals* wiederum, ist eine Umformatierung zu einem *long format* nötig. Dadurch entsteht ein geclusterter Datensatz in dem die Angaben zu allen sechs Sachfragen innerhalb der einzelnen Teilnehmer\*innen verschachtelt sind, der es ermöglicht, *between-* und *within-level* Effekte zu erheben.

Auf der *between* Ebene werde ich eine Gewichtungvariable für das Alter, das Geschlecht und die Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl 2019 entsprechend der Daten von Statistik Austria (STAT) (2020) bzw. des Bundesministeriums für Inneres (2019), zusätzlich zu den Auswertungen ohne Gewichtung, anwenden. Die Berechnung der Anpassungsgewichte erfolgt in Stata mit dem von Michael Bergmann (2011) programmierten Ados „*ipfweight*“ IPF-Verfahren, einem iterativen Anpassungsverfahren, bei dem die Ist-Verteilung der einzelnen Zellen sukzessive an die entsprechende Soll-Verteilung angepasst wird (Deming/ Stephan 1940). Dadurch sollen auch genauere Angaben über die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung in Österreich möglich werden. Die aufgestellten Hypothesen werden dabei sowohl auf dem *between-* als auch auf dem *within* Level mithilfe linearer Regressionsanalysen untersucht.

## 6. Analyse und Ergebnisse

### 6.1. *Between*-Analyse

Die direkte Demokratie findet in Österreich eine breite Zustimmung. So geben bei der Studie zu direkter Demokratie in Österreich von Haller (2012), 79% der Teilnehmer\*innen an, deren Ausbau zu befürworten. Im Einklang mit diesen Forschungsergebnissen befürwortet eine Mehrheit der Befragten (62.35%) in der vorliegenden Untersuchung einen Ausbau der direkten Demokratie in Österreich stark oder zumindest eher. 20.59% stehen diesem neutral gegenüber und lediglich 17.06% lehnen diesen eher oder völlig ab.

Im Folgenden wurde mittels linearer Regressionsanalyse getestet, ob ein Zusammenhang zwischen meiner abhängigen Variable, dem Ausbau der direkten Demokratie und der Zufriedenheit mit der Bundesregierung signifikant ist. Zudem werden auch die besprochenen Kontrollvariablen (Expertenwissen, Effektivitätsbewusstsein, Bildungsgrad, politisches Interesse, Risikobereitschaft, Einkommen, Geschlecht und Alter) berücksichtigt.

# Regressionstabelle (ungewichtet)

Einflussfaktoren	Ausbau direkter Demokratie
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	-0.126***
Expertenwissen	0.146***
Effektivitätsbewusstsein	-0.202****
Bildungsgrad (Referenzgruppe Universität, FH, Meister)	
Matura	0.259
Berufsausbildung (ohne Matura/Lehre)	0.289
Pflichtschule	-0.187
politisches Interesse	0.058
Risikobereitschaft	0.270****
Einkommen (Referenzgruppe bequem leben)	
zurechtkommen	-0.125
nur schwer zurechtkommen	0.159
gar nicht zurechtkommen	-0.769
Geschlecht (männlich)	0.065
Alter (Referenzgruppe 16- 29 Jahre)	
30- 44 Jahre	-0.328*
45- 58 Jahre	-0.018
59 Jahre und älter	-0.013
Modellgüte	
N	501
R <sup>2</sup>	0.126

\* $p < 0.1$  \*\* $p < 0.05$  \*\*\* $p < 0.01$  \*\*\*\* $p < 0.001$

# Regressionstabelle (gewichtet)

Einflussfaktoren	Ausbau direkter Demokratie
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	-0.176**
Expertenwissen	0.140*
Effektivitätsbewusstsein	-0.233***
Bildungsgrad (Referenzgruppe Universität, FH, Meister)	
Matura	0.445**
Berufsausbildung (ohne Matura/Lehre)	0.294
Pflichtschule	-0.420
politisches Interesse	-0.086
Risikobereitschaft	0.219**
Einkommen (Referenzgruppe bequem leben)	
zurechtkommen	0.093
nur schwer zurechtkommen	0.417
gar nicht zurechtkommen	-0.252
Geschlecht (männlich)	-0.089
Alter (Referenzgruppe 16- 29 Jahre)	
30- 44 Jahre	-0.266
45- 58 Jahre	-0.002
59 Jahre und älter	0.103
<hr/>	
Modellgüte	
N	501
R <sup>2</sup>	0.143

\* $p < 0.1$  \*\* $p < 0.05$  \*\*\* $p < 0.01$  \*\*\*\* $p < 0.001$

Mit Blick auf die ungewichteten Auswertungen zeigt sich, dass die Zufriedenheit mit der Bundesregierung tatsächlich negativ mit der Bereitschaft für einen Ausbau direkter Demokratie korreliert (Signifikanzniveau von 1%). Diese Ergebnisse entsprechen jenen von Dalton, Burklin und Drummond (2001) in Deutschland, die vor allem beim politischen Establishment eine höhere Zufriedenheit mit dem Status quo gegenüber einem Ausbau der direkten Demokratie feststellten. Aber auch gemäß Bowler und Donovan (2007) und Smith et al. (2010: 509), im amerikanischen Kontext, konnte gezeigt werden, dass die Haltung gegenüber der Regierung maßgeblich dafür ist, ob man die Erweiterung partizipativer Verfahren vorzieht. Anders als bei den genannten Studien konnte in meiner Untersuchung die Bereitschaft für den Ausbau direkter Demokratie allerdings nicht signifikant mit der gewählten Partei in Verbindung gebracht werden. Zum einen wäre hierfür eine Panelbefragung notwendig, in der die Teilnehmer\*innen zusätzlich vor der Nationalratswahl befragt werden. Zum anderen spielen für den Grad an Zufriedenheit mit der Bundesregierung deren Umgang mit Covid-19 und entsprechend getroffene Maßnahmen eine entscheidende Rolle, wofür jedoch die Parteien bei der Nationalratswahl 2019 nicht gewählt wurden.

Entsprechend dem Konzept der *stealth democracy* von Hibbing und Theiss-Morse (2002) ist festzustellen, dass die Befürwortung für die stärkere Involvierung von Expert\*innen in Entscheidungsprozessen positiv mit dem Wunsch nach einem Ausbau direkter Demokratie in Österreich korreliert (Signifikanzniveau von 5%).

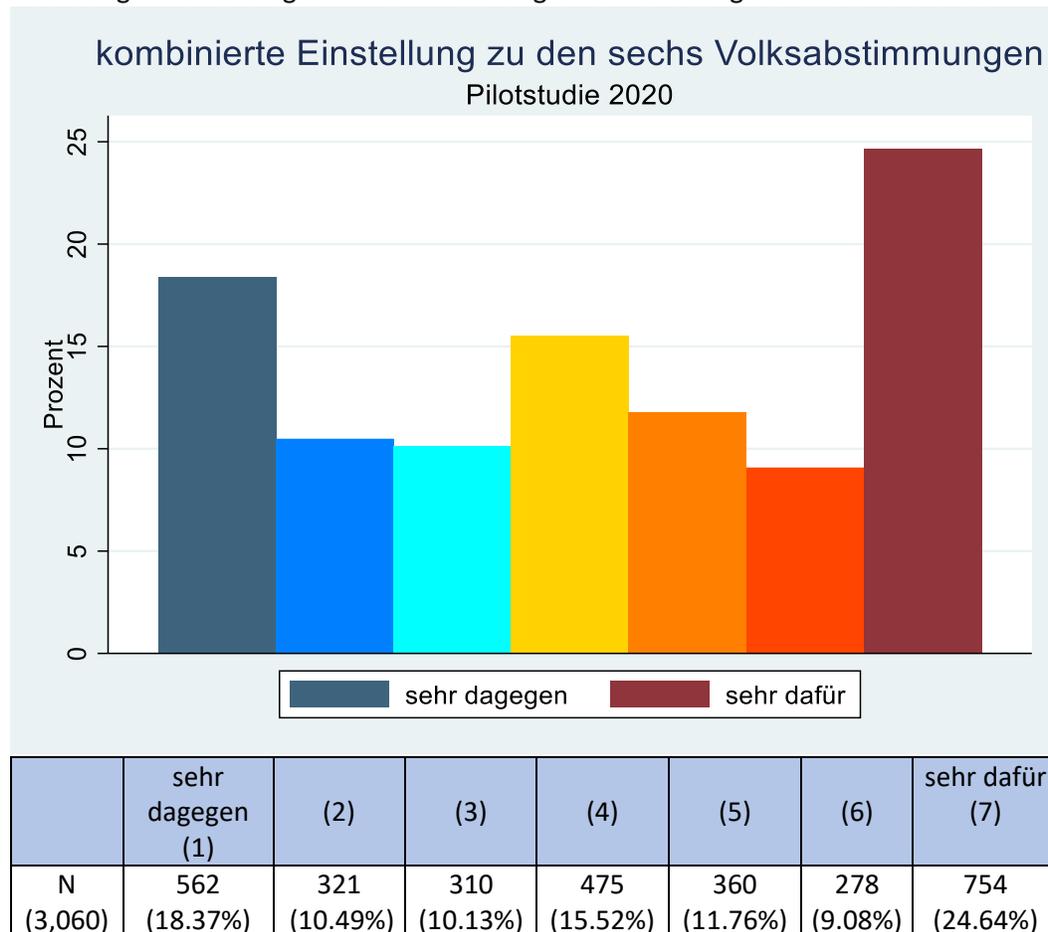
Die auf Grundlage der Erkenntnisse von Finkel (1985), Pollock (1983) und Jörke (2010) getroffene Annahme, dass Menschen mit einer hohen Selbstwirksamkeit keinen Ausbau der direkten Demokratie befürworten, bzw. vice versa, kann ebenfalls anhand der Daten mit einem sehr signifikanten Zusammenhang untermauert werden (Signifikanzniveau von 1%). Übereinstimmend mit Bowler und Donovan (2007) gilt auch bei der Risikobereitschaft, dass Teilnehmer\*innen, bei denen diese höher ist, eher dazu bereit sind, für eine Ausweitung der direkten Demokratie einzutreten. Dies deutet auch auf eine hohe Unsicherheit der Befragten über die Konsequenzen dieser Maßnahme hin.

Mit Berücksichtigung des Gewichts für Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit bleiben alle festgestellten signifikanten Zusammenhänge bestehen, jedoch auf einem durchwegs niedrigeren Signifikanzniveau. Die einzige Ausnahme ist hier unter Maturant\*innen festzustellen, bei denen ein signifikanter Zusammenhang besteht (Signifikanzniveau von 5%). An dieser Stelle gilt es

nochmals festzuhalten, dass es aufgrund der Struktur in Bezug auf das Alter und das Bildungsniveau der Befragten erschwert war, signifikante Zusammenhänge auszumachen. Insgesamt konnten hierfür 502 Befragte berücksichtigt und ein  $R^2$  von 0.139 erreicht werden.

Mit Fokus auf die sechs spezifischen Sachfragen, die in meiner Pilotstudie behandelt werden, ist die Zustimmung zur Abhaltung von Volksabstimmungen niedriger und variiert sehr stark nach dem jeweiligen Thema und unter den verschiedenen Befragten. Außerdem fällt auf, dass sehr viele Teilnehmer\*innen Referenden entweder sehr stark befürworten oder komplett ablehnen. In Summe entfallen so 43.01% der Beantwortungen auf die Antwortoptionen (1) „sehr dagegen“ und (7) „sehr dafür“. 38.99% der Stimmen weisen eine negative Haltung zu einer Abstimmung zu den spezifischen Sachfragen auf, 15.52% waren neutral und 45.49% befürworteten eine Durchführung. Die Einstellung zu einer stärkeren Etablierung dieses partizipativen Elements ist, auf Basis der ausgewählten Themen, also auch hier leicht positiv. Grafisch veranschaulicht wird dies nochmals in Abbildung 4 (Quelle: Pilotstudie 2020, n= 3,060):

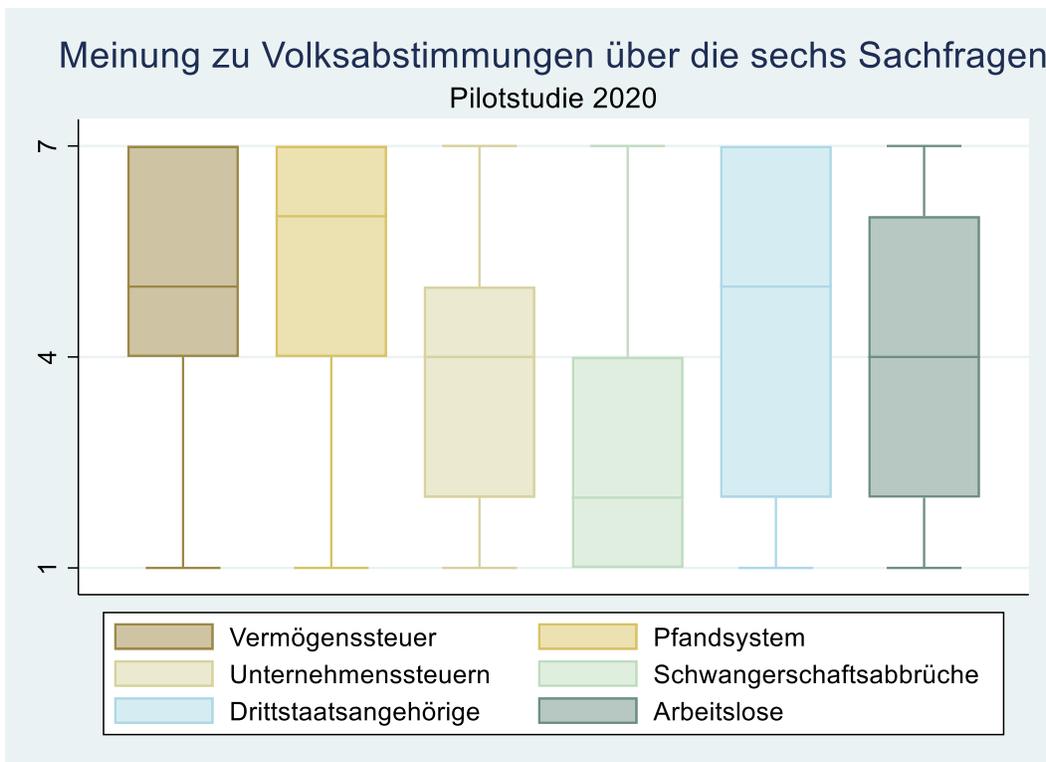
Abbildung 4: Balkendiagramm zur Einstellung einer Abhaltung der sechs Referenden



In weiterer Folge soll mithilfe eines gewichteten Boxplots (siehe Abbildung 5) eine übersichtliche Darstellung der unterschiedlichen Bereitschaft der Befragten, über die verschiedenen Sachfragen abzustimmen, verdeutlicht werden. Die Zustimmung ist zur Einführung eines Pfandsystems und einer Vermögenssteuer unter den Teilnehmer\*innen eher höher ausgefallen: das 1. Quartil liegt jeweils bei 4 und das 3. Quartil bei 7, bei einem Median von 5 bzw. 6. Bei den Fragen zur konsequenten Abschiebung straffälliger Drittstaatsangehöriger und der zusätzlichen Unterstützung von Arbeitslosen, zeigt sich hingegen ein heterogeneres Bild bezüglich der Bereitwilligkeit, eine Volksabstimmung durchzuführen. So liegt das untere Quartil hier jeweils bei 1 und das obere bei 7 bzw. 6 und der Median bei 5 bzw. 4.

Die Bereitschaft zur Abhaltung eines Referendums zur Senkung der Unternehmenssteuer bewegt sich wiederum zwischen 2, im 1. Quartil und 5 im 3. Quartil bei einem Median von 4. Eine überwiegend ablehnende Haltung wird in Bezug auf die Durchführung eines Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen deutlich. Das untere Quartil befindet sich hier bei 1, der Median bei 2 und das obere Quartil bei 3.

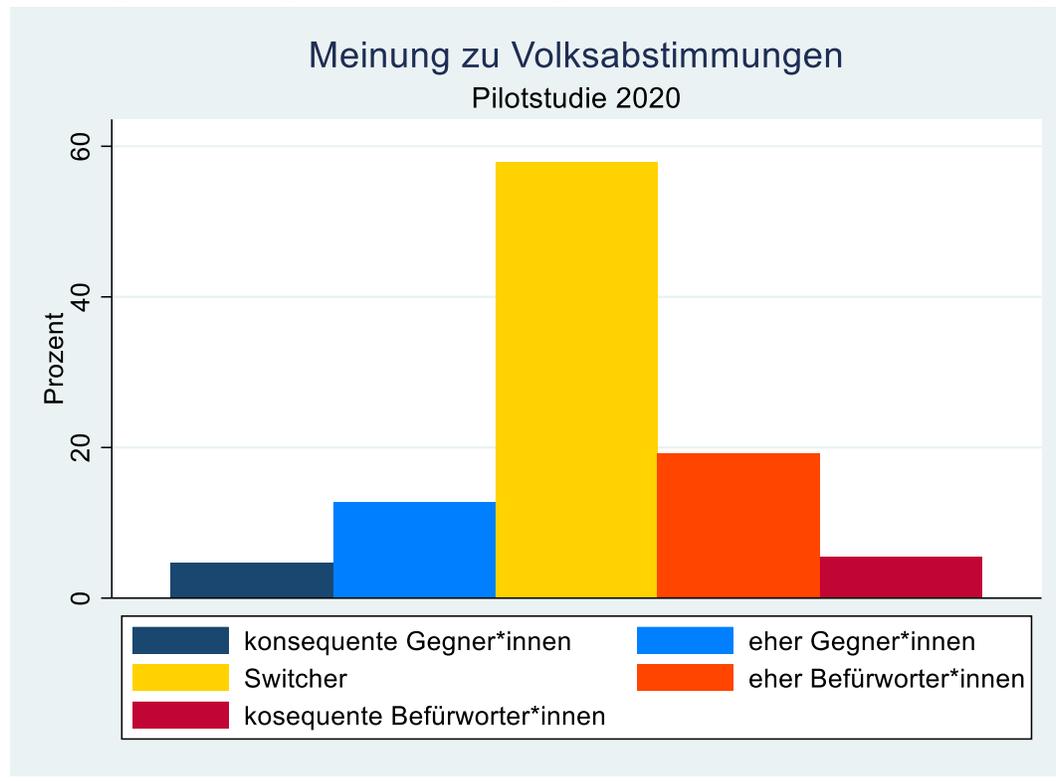
Abbildung 5: Boxplot zur Einstellung zur Abhaltung der sechs Referenden



Quelle: Pilotstudie 2020, n= 510.

Um die Stabilität von Prozesspräferenzen innerhalb der einzelnen Befragten genauer zu evaluieren habe ich sie in fünf Gruppen eingeteilt: konsequente Befürworter\*innen, eher Befürworter\*innen, Switcher, eher Gegner\*innen und konsequente Gegner\*innen. Abbildung 6 veranschaulicht, dass Teilnehmer\*innen überwiegend (57.84%) in Abhängigkeit vom jeweiligen Thema entscheiden, ob sie die Abhaltung einer Volksabstimmung befürworten. Nur 5.49% aller Befragten befürworteten bei allen sechs Sachfragen eine Durchführung einer Volksabstimmung, weitere 19.22% lehnten nur die Durchführung einer bestimmten Volksabstimmung ab. 4.71% lehnten diese wiederum komplett ab, und 12.75% befürworteten lediglich die Durchführung einer der sechs Volksabstimmungen.

Abbildung 6: Balkendiagramm zur Zustimmung zu den verschiedenen Volksabstimmungen



	konsequente Gegner*innen	eher Gegner*innen	Switcher	eher Befürworter*innen	Konsequente Befürworter*innen
N	24	65	295	98	28
(510)	(4.71%)	(12.75%)	(57.84%)	(19.22%)	(5.49%)

Anmerkung: konsequente Gegner\*innen sind Befragte die über alle sechs *Issues* die Abhaltung einer Volksabstimmung ablehnten, eher Gegner\*innen, die nur bei einem Thema eine Abstimmung bevorzugen und diese bei allen anderen Sachfragen ablehnten, bzw. Neutral gegenüberstanden. Konträr dazu sind konsequente Befürworter\*innen Befragte die die Durchführung einer Volksabstimmung durchwegs unterstützen, eher Befürworter\*innen jene die nur die Abhaltung einem Issue ablehnten und diese sonst befürworteten, bzw. Neutral eingestellt waren. Alle anderen Teilnehmer\*innen wurden als "Switcher" kategorisiert; Quelle: Pilotstudie 2020, n= 510.

Das wesentlich differenziertere Bild in Hinblick auf die Einstellung der Befragten zur Abhaltung von Referenden zu diesen sechs verschiedenen Themen, als es die Angaben zur allgemeinen Frage zu einem Ausbau direkter Demokratie vermuten hätte lassen, zeigt sich auch hier. Vermutlich ist das auch auf die Auswahl der sechs Sachfragen und auf den Wunsch der Teilnehmer\*innen nach anderen partizipativen Verfahren zurückzuführen. Der Charakter der durchgeführten Befragung, der sehr auf die Abhaltung von Volksabstimmungen ausgelegt ist, legt allerdings nahe, dass auch bei der allgemeinen Formulierung unter den Teilnehmer\*innen sehr stark an die Durchführung von Volksabstimmungen gedacht wurde. Unumstritten bleibt jedenfalls, dass die zweite Hypothese (*[H2] Bürger\*innen entscheiden abhängig von der jeweiligen Sachfrage, ob die Involvierung des Volks mittels Abstimmung prinzipiell möglich sein sollte, oder diese in jedem Fall Repräsentant\*innen überlassen werden muss.*) durch die, je nach Sachfrage, stark divergierenden Angaben der Teilnehmer\*innen gestützt wird. Zu klären gilt es aber, wie diese unterschiedlichen Positionen zu den verschiedenen Sachfragen zustande kommen.

Für den ersten Teil meiner 2. Hypothese: *„BürgerInnen, deren persönliche Einstellung in bestimmten Sachfragen vom Status quo abweicht, befürworten eher, dass mittels Volksabstimmung darüber entschieden wird“* habe ich anschließend die Sachfragen in einer linearen Regressionsanalyse untersucht.

Einflussfaktoren	Einführung	Einführung	Senkung Unter-	Verbot Schwanger-	Abschiebung straffälliger	Zusätzliche Unterstützung
	Vermögenssteuer	Pfandsystem	nehmenssteuern	schaftsabbrüche	Drittstaatsangehörige	Arbeitslose
persönliche Einstellung	0.550****	0.613****	0.420****	0.454****	0.785****	0.303****
Effektivitätsbewusstsein	-0.093	-0.063	-0.198***	-0.059	-0.190***	-0.133*
Expertenwissen	0.143**	0.120	0.182***	0.010	0.037	0.072
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	-0.093**	-0.011	0.004	0.110*	-0.014	-0.024
politisches Interesse	0.090*	0.091*	-0.062	-0.055	-0.033	-0.059
Risikobereitschaft	0.047	0.103	0.003	0.023	-0.001	0.042
Bildungsniveau (Referenzgr. Universität, FH, Meister)						
Matura	0.362**	0.607***	0.176	-0.058	0.175	0.347
Berufsausbildung ohne Matura	0.605***	0.615***	0.750***	0.636**	0.577**	0.535*
Pflichtschule	0.620	0.807*	0.724*	-0.055	0.599	1.246**
Einkommen (gut zurechtkommen)	-0.072	-0.054	0.367	0.029	-0.403	0.261
Geschlecht (männlich)	0.162	0.202	0.014	-0.560***	0.166	-0.171
Alter (Referenzgruppe 16- 29 Jahre)						
30- 44 Jahre	-0.047	-0.299	-0.480*	-0.498**	-0.755***	-0.445*
45- 58 Jahre	0.006	-0.101	-0.788***	-0.222	-0.631***	0.354
59 Jahre und älter	-0.554	-0.595**	-1.069***	-0.232	-0.421	- 0.128
Modellgüte						
N	483	474	460	455	451	435
Pseudo R <sup>2</sup>	0.432	0.322	0.237	0.316	0.573	0.127

*Lineare Regressionsanalyse: persönliche Einstellung/ Status quo, ungewichtet; \*p < 0.1, \*\*p < 0.05, \*\*\*p < 0.01, \*\*\*\*p < 0.001.*

Einflussfaktoren	Einführung	Einführung	Senkung Unter-	Verbot Schwanger-	Abschiebung straffälliger	Zusätzliche Unterstützung
	Vermögenssteuer	Pfandsystem	nehmenssteuern	schaftsabbrüche	Drittstaatsangehörige	Arbeitslose
persönliche Einstellung	0.487****	0.618****	0.473****	0.519****	0.828****	0.249****
Effektivitätsbewusstsein	-0.048	0.087	-0.169	0.129	-0.175	-0.033
Expertenwissen	-0.029	0.048	0.023	-0.083	-0.086	-0.115
Zufriedenheit mit der Bundesregierung	-0.189**	-0.017	-0.011	0.041	-0.155	-0.218**
politisches Interesse	0.082	0.086	-0.005	-0.003	0.055	0.035
Risikobereitschaft	-0.027	0.044	-0.064	-0.022	0.063	0.028
Bildungsniveau (Referenzgr. Universität, FH, Meister)						
Matura	0.864**	1.082***	0.467	0.373	0.030	0.298
Berufsausbildung ohne Matura	0.969***	1.212****	0.799**	0.792**	0.644	0.200
Pflichtschule	0.595	1.282*	0.488	0.177	1.078****	1.177**
Einkommen (gut zurechtkommen)	-0.000	0.121	0.218	-0.583	-0.304	0.231
Geschlecht (männlich)	0.122	0.202	0.066	-0.154	0.386	0.129
Alter (Referenzgruppe 16- 29 Jahre)						
30- 44 Jahre	0.080	-0.349	-0.427*	-0.733**	-1.005****	0.103
45- 58 Jahre	0.025	-0.353	-0.828****	-0.243	-0.515	1.061
59 Jahre und älter	-0.575	-0.855**	-1.232****	-0.376	-0.448	0.304
Modellgüte						
N	483	474	460	455	451	435
Pseudo R <sup>2</sup>	0.402	0.370	0.283	0.316	0.493	0.190

*Lineare Regressionsanalyse: persönliche Einstellung/ Status quo, gewichtet; \* $p < 0.1$ , \*\* $p < 0.05$ , \*\*\* $p < 0.01$ , \*\*\*\* $p < 0.001$ .*

Es zeigt sich über alle sechs Themenfelder hinweg, unabhängig davon, ob Gewichte angewendet werden oder nicht, dass die persönliche Einstellung statistisch sehr signifikant mit der Bereitschaft, über ein Thema abzustimmen, zusammenhängt ( $p < 0.001$ ). Einzig bei der Volksabstimmung über eine zusätzliche Unterstützung von Arbeitslosen kann nur ein p-Wert von  $p < 0.01$  festgestellt werden. Die von Werner (2020) in den Niederlanden festgehaltene Relevanz des Status quo ist demnach auch im österreichischen Kontext von Gültigkeit. Demnach wird Hypothese (H2.1.) „Bürger\*innen, deren persönliche Einstellung in bestimmten Sachfragen vom Status quo abweicht, befürworten eher, dass mittels Volksabstimmung darüber entschieden wird“ von den Auswertungen der Daten gestützt.

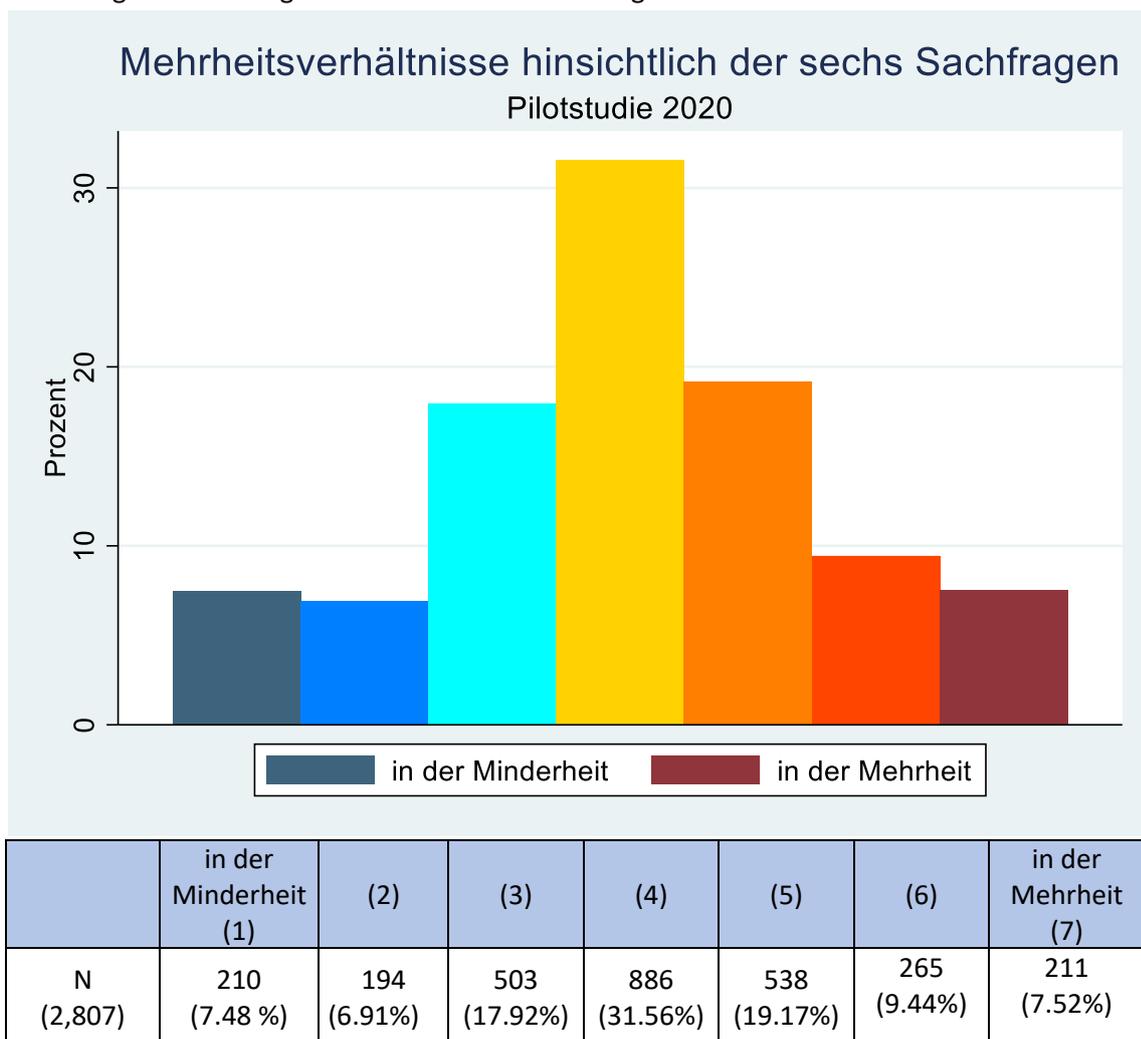
Wirft man einen Blick auf die Kontrollvariablen, so ist es schwieriger, eine klare Linie hinsichtlich aller Sachfragen festzustellen. Zudem variiert das Signifikanzniveau in den meisten Fällen, je nachdem, ob das Gewicht verwendet wird oder nicht. Über alle Themenfelder zeigt sich jedoch, dass der Status quo bei einem höheren Bildungsabschluss weniger ausschlaggebend ist. Zudem zeigt sich, dass die prinzipielle Bereitschaft, eine Volksabstimmung durchzuführen, bei Teilnehmer\*innen mit einem niedrigen Bildungsniveau ebenfalls höher war. So war bei allen sechs Sachfragen zumindest ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Personengruppe mit einem Abschluss auf einer Universität, FH, oder als Meister, die die Abhaltung von Volksabstimmungen zu den konkreten Sachfragen signifikant häufiger ablehnten als jene mit einem niedrigeren höchsten Abschluss festzustellen. Anders als bei der allgemeinen ersten Hypothese sind diesbezüglich Übereinstimmungen mit Bengtsson und Mattila (2009) im finnischen, bzw. jenen von Coffé und Michels (2014) im niederländischen Kontext durchgeführten Studien zu erkennen, demnach befürworten auch in Österreich eher niedrigere Bildungsschichten eine verstärkte Anwendung von Volksabstimmungen. Allerdings können diese Effekte in ähnlicher Weise bei Wirnsberger und Haller (2015: 31) als „überraschend gering“ bewertet werden.

Außerdem zeigt sich, dass jüngere Generationen eher dazu neigen, die Abhaltung von Referenden zu befürworten, wobei eine starke Abhängigkeit von der Sachfrage bemerkbar ist. An dieser Stelle sollte jedoch in Erinnerung behalten werden, dass es sowohl beim Alter als auch beim Bildungsniveau durch die Struktur der Teilnehmer\*innen erschwert worden ist, signifikante Zusammenhänge festzustellen.

Im Unterschied zur Einstellung zu einem Ausbau direkter Demokratie allgemein ist auffallend, dass die Zufriedenheit mit der Bundesregierung und die Bereitschaft zur stärkeren Berücksichtigung von Expertenmeinungen eine untergeordnete Rolle spielt. Die Risikobereitschaft hat überdies in keiner Sachfrage eine signifikante Bedeutung. Das Effektivitätsbewusstsein verliert ebenfalls an Relevanz, bleibt allerdings, ohne Berücksichtigung der Gewichte, in Hinblick auf die Senkung der Unternehmenssteuern wie auch bei der Abschiebung von straffälligen Drittstaatsangehörigen ( $p < 0.01$ ) sowie bei der zusätzlichen Unterstützung für Arbeitslose ( $p < 0.1$ ) signifikant.

Wie die nachstehende Abbildung veranschaulicht war es den Teilnehmer\*innen nur sehr schwer möglich abzuschätzen, ob ihre Position in der Mehrheit oder in der Minderheit ist.

Abbildung 7: Balkendiagramm zur Selbsteinschätzung der Mehrheitsverhältnisse



Quelle: Pilotstudie 2020, n= 2,807.

Bezeichnend dafür ist die Frage zur Einführung des Pfandsystems, legt man die erwähnte Changing Markets Foundation (2020) zu Grunde, befürworteten 83% ein Einweg-Pfandsystem in Österreich. Unter den Befürworter\*innen in meiner Studie (2020) waren allerdings nur etwas weniger als die Hälfte, 46.47%, der Meinung, sich bei dieser Frage unter den wahlberechtigten Österreicher\*innen in der Mehrheit zu befinden.

Diese Unsicherheit zeigt sich auch bei den anderen Sachfragen, mitunter in einer äußerst starken Ausprägung. Bei der Frage zur Senkung der Unternehmenssteuer wollten sich 44.44% der Befragten nicht festlegen, ob sie eher in der Mehrheit oder in der Minderheit der Gesamtbevölkerung seien. Hinsichtlich der Frage einer zusätzlichen Unterstützung von Arbeitslosen sah sich ein vergleichbar großer Teil der Befragten (38.96%) gar nicht dazu in der Lage, etwaige Mehrheitsverhältnisse auszumachen. Anders als Werner (2020), in ihrer Studie in den Niederlanden, war es mir dementsprechend nicht möglich, hier signifikante Zusammenhänge auf der *between*-Ebene auszumachen.

Im Gegensatz zu der tatsächlichen Durchführung einer Volksabstimmung in Österreich waren die Teilnehmer\*innen daher nicht mit aktuellen Umfrageergebnissen ausgestattet, vielleicht wäre daher eine Information darüber, wie sich die Mehrheitsverhältnisse darstellen, hilfreich gewesen, um diesen Faktor in einer ähnlichen Dimension festmachen zu können, wie bei einer tatsächlichen Abstimmung. So konnte auf dem *between level* keine signifikante Relevanz verortet werden.

Auch für die Fragen, ob es innerhalb der laufenden oder der darauffolgenden Legislaturperiode zu einer Änderung des Status quo durch Repräsentant\*innen kommt und ob es sich um ein „leichtes“ oder „schwieriges Issue“ handelt, gilt, dass bei einem tatsächlichen Referendum die Auseinandersetzung mit der Frage intensiver wäre und damit Unsicherheiten bei der Beantwortung herrschen, die der realen Situation nicht gerecht werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnten auch hier keine Zusammenhänge festgestellt werden.

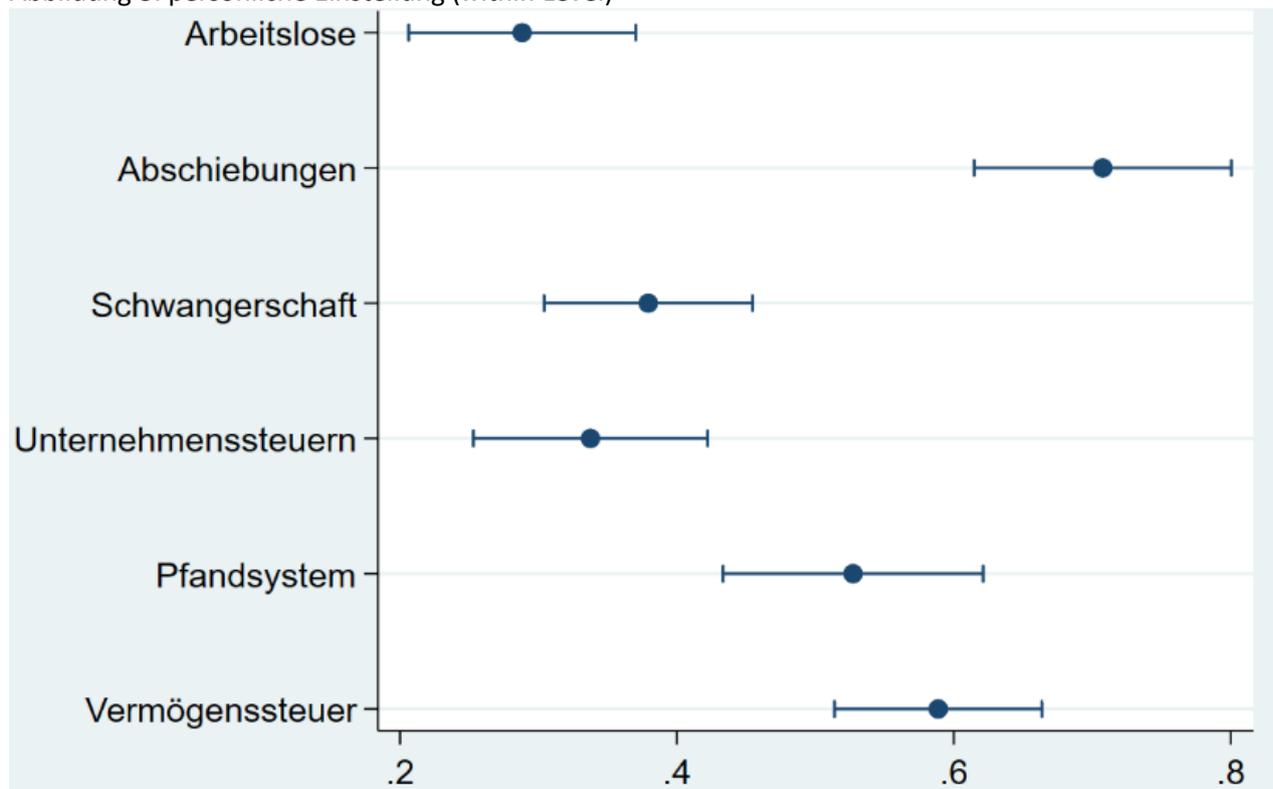
## 6.2. *Within*-Analyse

Bei der *within*-Analyse der Befragten werden alle Unterschiede zwischen den Befragten im Modell kontrolliert und können daher als alternative Erklärungsfaktoren ausgeschlossen werden. Hier wird der auf der *between*-Ebene festgehaltene Zusammenhang für Hypothese H 2.1. ein weiteres Mal untermauert ( $p < 0.001$ ).

Festzuhalten ist hier aber auch, dass die hier aufgetretenen Effekte mit großen Vorbehalten betrachtet werden müssen. Denn zusätzlich lassen sich auch für die Hypothese H 2.4., mit einem gleich hohen Signifikanzniveau Effekte zeigen, allerdings dahingehend, dass bei komplexeren Sachfragen eher eine Volksabstimmung befürwortet wird. Zurückzuführen ist das vorrangig darauf, dass die moralisch einfach einzustufende Sachfrage eines Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wird. Wird dieses *Issue* unberücksichtigt gelassen, so verschiebt sich der festzuhaltende Effekt in die andere Richtung, fällt jedoch in keinem signifikanten Ausmaß aus. Damit zeigt sich, dass die untersuchten sechs Sachfragen nicht ausreichen, um hier relevante Zusammenhänge aufzuzeigen. Dafür wäre ein breiteres Spektrum notwendig gewesen. Denn auch die Effekte bei den anderen Hypothesenteilen der Hypothese 2 (H 2.2. und H 2.3.) verschieben sich in Abhängigkeit davon, ob einzelne Fragen exkludiert werden oder nicht. Wird die Frage nach einem Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ausgeklammert, so verstärkt sich die Signifikanz von einem  $p$ -Wert von  $p < 0.1$  zu  $p < 0.001$ .

So bleibt festzuhalten, dass nur für Hypothese H 2.1. gilt, dass sowohl auf der *between*- als auch auf der *within* Ebene, über alle Sachfragen hinweg, sehr signifikante Zusammenhänge zu verorten sind. Auf dem *within* Level wird dies nochmals anhand Abbildung 8 deutlich:

Abbildung 8: persönliche Einstellung (*within* Level)



Einflussfaktor	Arbeitslose	Abschiebung	Schwangerschaft	Unternehmenssteuern	Pfandsystem	Vermögenssteuer
persönliche Einstellung	0.286****	0.722****	0.410****	0.330****	0.545****	0.586****

Anmerkung: Konfidenzintervall: 95%,  $R^2=0.496$ , \*\*\*\* $p < 0.001$ ; Quelle: Pilotstudie 2020,  $n = 2,805$ .

Die Relevanz der Präferenz einer Veränderung des Status quo zeigt sich insbesondere im Hinblick auf die Abschiebung straffälliger Drittstaatsangehöriger, aber auch in Bezug auf die übrigen fünf Fragestellungen.

Damit ist davon auszugehen, dass vor allem dieser Erklärungsaspekt für unterschiedliche Prozesspräferenzen, abhängig von der jeweiligen Sachfrage, ausschlaggebend ist. Unabhängig davon, in welchem Themengebiet eine Frage verortbar ist und wie diese Problemstellung formuliert wird, wird dieser Aspekt von Bürger\*innen immer vorrangig berücksichtigt.

## 7. Schlussbemerkungen

### 7.1. Zusammenfassung der Ergebnisse

In dieser Arbeit habe ich untersucht, inwieweit Wähler\*innen, abhängig von ihrer Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung, einen Ausbau direkter Demokratie, respektive von Volksabstimmungen, unterstützen. Meines Wissens handelt es sich dabei um die erste Untersuchung, in der sowohl die stabilen wie die nicht stabilen Komponenten miteinander verglichen und für den zweiten Erklärungsansatz vier Aspekte untersucht werden.

Hierbei konnte ich dahingehend signifikante Zusammenhänge feststellen, dass bei erhöhter Unzufriedenheit tendenziell mehr direkte Demokratie gewünscht wird. Diese Beziehung war jedoch nicht in Bezug auf die Parteizugehörigkeit feststellbar. Das ist möglicherweise dadurch zu erklären, dass für die Zufriedenheit mit der Bundesregierung deren Umgang mit der Covid-19 Pandemie maßgeblich war, und die Parteien bei der Nationalratswahl 2019 unabhängig davon gewählt worden sind. Um wie Bowler und Donovan (2007) in den USA, aber auch Ennser-Jedenastik (2018) in Österreich die Auswirkungen auf die Anhänger\*innen von der Gewinner- und der Verliererpartei festzumachen, wäre zudem eine Panelstudie notwendig gewesen.

Die Annahme, dass Bürger\*innen, abhängig von der jeweiligen Sachfrage, entscheiden, ob sie die Abhaltung einer Volksabstimmung befürworten (Wojcieszak 2014; Dean 2016; Werner 2020), konnte in dieser Studie nunmehr auch für den österreichischen Kontext untermauert und konkretisiert werden. Der Anteil an *Switchern* zeigt sich in noch wesentlich größerem Umfang als bei der Untersuchung von Werner (2020), das ist, aus meiner Sicht, nicht in erster Linie auf Unterschiede zwischen der Bevölkerung der Niederlande und Österreichs zurückzuführen ist: Während Werner (2020) lediglich linksorientierte Wähler\*inneninteressen berücksichtigte, wurde in der vorliegenden Studie nicht nur versucht, ein breit aufgestelltes Themenspektrum abzudecken, sondern auch ein ausgewogenes Verhältnis von Politikvorschlägen aus unterschiedlichen politischen Lagern zu schaffen. So verlief die Befragung in den Niederlanden über zehn konkrete Sachfragen, die von rund 35.45% der Teilnehmer\*innen konsequent abgelehnt oder befürwortet wurden. Dahingegen lässt sich für diese Pilotstudie (2020), über die deutlich geringere Anzahl von sechs Politikvorschlägen, nur ein Anteil von knapp 10.20% strikter Unterstützer\*innen und Gegner\*innen festmachen. Damit kann man nur einen äußerst marginalen Teil der Gesamtbevölkerung strikt nach den in der Literatur überwiegenden Erklärungsansätzen kritischer Bürger\*innen (bspw. Norris 1999/ 2011) bzw. anhand der

nachlassenden Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen (bspw. Hibbing/ Theiss-Morse 1995/ 2002) einteilen. Diese Ergebnisse weisen auf ein wesentlich pragmatischeres Denken von Wähler\*innen hin, als in der Arbeit von Werner (2020), in Bezug auf den bevorzugten Entscheidungsfindungsprozess, hin. Hervorzuheben ist, dass verschiedene Formen von Partizipation nicht den generellen Wunsch nach einem alternativen Demokratiemodell ausdrücken, sondern eine spezifische Änderung in den Raum stellen wollen (Dean, 2016; Warren 2017; Werner 2020).

Bei den Erklärungsfaktoren erwies sich die persönliche Einstellung als maßgeblich, während bei jenen Aspekten, bei denen persönliche Einschätzungen notwendig waren, nur *within individuals* Zusammenhänge festzustellen waren. Anders als bei Wojcieszak (2014), die hier eine Relevanz der Schwierigkeit der zu beantwortenden Sachfrage („leichte“ oder „schwere Issues“) in Spanien verorten konnte und Werner (2020), die die Rolle der Mehrheitsverhältnisse im niederländischen Kontext herausstellte, aber auch bei der Stabilität des Status quo, konnten, unter den verschiedenen Sachfragen, keine signifikanten Zusammenhänge erhoben werden. Dies gilt sowohl für die Ebene *between-* als auch *within individuals*.

Aus meiner Sicht ist das hauptsächlich auf die hypothetische Natur der Fragestellungen zurückzuführen. Bei diesen Aspekten herrscht ein hoher Grad an Informationsmangel, der im Fall einer etwaigen Abstimmung nicht bestehen würde. Ersichtlich wurde das für mich auch aufgrund der Resonanz von einigen der Befragten. Zudem konnte auch die Rolle von Parteien und von anderen Interessensgruppen in der Initiative von Volksabstimmungen (Jacobs/ Akkerman/ Zaslove 2018) nicht berücksichtigt werden. In erster Linie wäre dafür ein breiter aufgestelltes Spektrum an Sachfragen notwendig gewesen.

Für zukünftige Befragungen in diesem Feld wäre es außerdem sinnvoll Surveyteilnehmer\*innen bspw. über aktuelle Umfrageergebnisse zu informieren, anstatt mit Selbsteinschätzungen der Befragten zu arbeiten. Außerdem kann hierbei auch eine Conjoint-Analyse, in der Schätzungen für Wähler\*innen vorgenommen werden, Abhilfe verschaffen. Auf ähnliche Weise haben zum Beispiel Sveinung Arnesen, Troy S. Broderstad und Mikael P. Johannesson (2019), die Voraussetzungen, die für Bürger\*innen bestehen müssen, um die Legitimität von Volksabstimmungen über einen Verbleib in der europäischen Union zu schaffen, untersucht.

Abhängig von der Formulierung der Fragestellung verschieben sich auch die Wahrnehmungen der Bürger\*innen zu dem Sachverhalt, bspw. wurden die Fragen bei der vorliegenden

Pilotstudie (2020) als Ja- oder Nein-Fragen als Abweichung vom Status quo gestellt. Alternativ dazu hätten zwei alternative Lösungsvorschläge zur Auswahl vorgegeben werden können, wie dies in Österreich bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht 2013 der Fall war. Allerdings handelt es sich dabei um ein Format, das in Österreich für Volksabstimmungen nicht vorgesehen ist.

Bei der *within* Analyse hat sich die maßgebliche Rolle des Status quo erneut über alle gestellten Sachfragen hinweg verdeutlicht.

Das Design einer Querschnittsanalyse limitiert zwar die Kausalität der festgehaltenen Zusammenhänge, weil jedoch bei der *within*-Analyse alle Einflussfaktoren konstant gehalten werden, stärkt dies die getroffenen Annahmen. Dabei ist es nicht möglich das zeitliche Ordnungskriterium zu berücksichtigen. Allerdings scheint es theoretisch wenig plausibel, dass Individuen anhand ihrer Prozesspräferenzen bei bestimmten Sachfragen entscheiden, welche Position sie zu dem Thema einnehmen (Werner 2020).

Bei der Betrachtung der stabilen wie nicht stabilen Komponente zur Unterstützung eines Ausbaus direkter Demokratie lassen sich zudem Unterschiede bei der Signifikanz der Kontrollvariablen verorten.

So spielt die Zufriedenheit mit der Bundesregierung, die Bereitschaft zur stärkeren Berücksichtigung von Expertenmeinungen und das Effektivitätsbewusstsein bei der Einstellung zum Ausbau direkter Demokratie allgemein eine bedeutende Rolle, bei der Untersuchung der einzelnen Sachfragen hingegen nur vereinzelt. Hinsichtlich der Risikobereitschaft, die bei der ersten Hypothese einen erheblich positiven Faktor ( $p < 0.001$ , ohne Gewicht) darstellt, ist über alle sechs spezifischen Fragen zur Abhaltung von Volksabstimmungen hinweg kein signifikanter Zusammenhang verortbar.

Wie auch in den meisten anderen sozialwissenschaftlichen Studien gilt es auch in der vorliegenden Untersuchung die externe Validität zu berücksichtigen. Um hier eine Annäherung an eine repräsentative Stichprobe im österreichischen Kontext zu erreichen, kamen hier auf der *between* Ebene Gewichte zum Einsatz. Zusätzlich zeigen bisher durchgeführte Untersuchungen (Albertazzi/ McDonnell 2015; Bjånesøy/ Ivarsflaten 2016; Bowler et al. 2017; Mudde 2004/ 2007), das vor allem rechtspopulistischen Parteien, aber auch deren Anhänger\*innen, in Abhängigkeit vom Status quo entscheiden, ob sie einen Ausbau direkter Demokratie anstreben oder nicht. In dieser Pilotstudie waren diese Wähler\*innen unter den Befragten deutlich unterrepräsentiert, was dementsprechend eher dafürspricht, dass die Effekte von H2.1.- H2.3., vor allem hinsichtlich des *within*-Levels eher einen signifikanten Zusammenhang mit sich

gebracht hätten (H 2.2. und H 2.3.), mit dem bereits aufgewiesenen Vorwand eines breiteren Themenspektrums.

## 7.2. Ausblick

*“Understanding the origins of citizens’ process preferences is crucial. Almost any discussion of the virtues of democratic innovations and increased citizen involvement is to some extent based on an apparent public demand for such decision-making arrangements” (Werner 2020: 324).*

Prozesspräferenzen von Wähler\*innen sind daher nicht nur für Forscher\*innen in diesem Feld von Relevanz, sondern wirken sich auch auf die Politik aus, da diese mitunter die Implementierungen direkt demokratischer Elemente herbeiführen (Smith 2009).

Wenn Volksabstimmungen dafür genutzt werden, breiten Mehrheiten in der Gesellschaft zu entsprechen, um langatmigen Verhandlungen von Parteien vorzubeugen und eine schnellere Umsetzung zu erwirken, kann dadurch folgerichtig ein Großteil der Bürger\*innen zufriedengestellt werden (Marien/ Kern 2018), allerdings mit dem Vorbehalt, dass Minderheitenrechte dabei häufig unberücksichtigt bleiben.

Entspricht das Ergebnis jedoch nicht diesen Annahmen, so ist davon auszugehen, dass ein “Referendum Disappointment Gap“ entsteht, eine Lücke zwischen der Erwartungshaltung von Bürger\*innenn an Volksabstimmungen und deren Wahrnehmung wie sie tatsächlich angewendet werden (Bowler/ Donovan 2019), bzw. welche Ergebnisse diese herbeiführt (Werner 2020).

Zudem besteht oft auch ein Spalt zwischen den Annahmen von Repräsentant\*innen zwischen der Haltung von Bürger\*innen und deren tatsächlichen Positionen, weil politisch engagierte Menschen stärker wahrgenommen werden und auf die übrige Bevölkerung projiziert werden (Hibbing/ Theiss-Morse, 2002). So bieten Volksabstimmungen die Möglichkeit, auch Personengruppen zu erreichen, die nicht allgemein an einer Partizipation am politischen Geschehen interessiert sind, sondern nur zu bestimmten Fragen, und ermöglichen so auch, die

Sensibilität von Entscheidungsträger\*innen hinsichtlich der Bürger\*innenpräferenzen zu erhöhen.

Gleichzeitig eröffnen wechselnde Mehrheiten auch die Möglichkeit, den Charakter eines Landes, der von den Parteilinien der regierenden Parteien geprägt wird, dabei aber kaum in allen Punkten mit den Vorstellungen von Mehrheiten in der Bevölkerung übereinstimmt, in einzelnen Fragen zugunsten eines diversifizierteren Interessensprofils mitzugestalten. Dadurch lassen sich auch Hitzeherde, die nach verlorenen Wahlen unter Wähler\*innen und politischen Parteien entstehen, entschärfen. Auch die Befragten zeigten besonders bei Sachfragen, die sie auf der politischen Agenda verorteten, eine höhere Bereitschaft, Bürger\*innen in Volksabstimmungen darüber abstimmen zu lassen als die Entscheidungen Repräsentant\*innen zu überlassen.

Zweifelsfrei liefert die vorliegende Arbeit, in einem hohen Ausmaß starke Anhaltspunkte dafür, dass Bürger\*innen keine bestimmten Prozesspräferenzen über alle Sachfragen hinweg haben. Dabei sprechen die verorteten Anhaltspunkte für diese instabilen Präferenzen nicht dafür, dass Menschen daran interessiert sind, dadurch die Legitimität des politischen Systems zu erhöhen, sondern vielmehr ihre eigenen Wertvorstellungen zu verwirklichen. *“Accepting a decision consistent with one’s own preferences is easy, but accepting an unfavourable outcome is not easy”* (Arneson, 2017: 157). Dementsprechend spielt es eine untergeordnete Rolle, wer eine Entscheidung getroffen hat und ob diese transparent und unvoreingenommen erfolgt ist. Wesentlich ist, ob diese mit der persönlichen Haltung vereinbar ist.

Da diese Ergebnisse nur in einer eigens angelegten Pilotstudie mit 513 Teilnehmer\*innen im österreichischen Kontext, in der junge, gutausgebildete und linksorientierte Bevölkerungsschichten überrepräsentativ stark vertreten sind, gezeigt wurden, sollten diese Aussagen in zukünftigen Arbeiten umfangreicher und in anderen Ländern, mit abweichenden Kontexten untersucht werden.

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AKW</b>	Atomkraftwerk
<b>APA</b>	Austria Presse Agentur
<b>Art.</b>	Artikel
<b>BFS</b>	Bundesamt für Statistik (Schweiz)
<b>BMI</b>	Bundesministerium für Inneres
<b>B-VG</b>	Bundes-Verfassungsgesetz
<b>bspw.</b>	beispielsweise
<b>bzw.</b>	beziehungsweise
<b>ebd.</b>	ebenda
<b>EuGh</b>	Europäischer Gerichtshof
<b>ESS</b>	European Social Survey
<b>FH</b>	Fachhochschule
<b>FN</b>	Front National (Frankreich)
<b>FPÖ</b>	Freiheitliche Partei Österreichs
<b>Hrsg.</b>	Herausgeber
<b>IFES</b>	Instituts für empirische Sozialforschung
<b>ISSP</b>	International Social Survey Programme
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>ÖVP</b>	Österreichische Volkspartei
<b>SPÖ</b>	Sozialdemokratische Partei Österreichs
<b>STAT</b>	Statistik Austria
<b>UKIP</b>	United Kingdom Independence Party
<b>USA</b>	United States of America
<b>WVS</b>	World Values Survey
<b>QR</b>	Quick Response

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Balkendiagramm zum Alter der Teilnehmer\*innen

Abbildung 2: Balkendiagramm zum Umfrageergebnis zum Abstimmungsverhalten bei der NR- Wahl 2019

Abbildung 3: Balkendiagramm zum Bildungsniveau

Abbildung 4: Balkendiagramm zur Einstellung einer Abhaltung der sechs Referenden

Abbildung 5: Boxplot zur Einstellung zur Abhaltung der sechs Referenden

Abbildung 6: Balkendiagramm zur Zustimmung zu den verschiedenen Volksabstimmungen

Abbildung 7: Balkendiagramm zur Selbsteinschätzung der Mehrheitsverhältnisse

Abbildung 8: persönliche Einstellung (*within* Level)

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wohnort nach Bundesländern

Regressionstabelle (ungewichtet): Zusammenhang zwischen dem Ausbau der direkten Demokratie und der Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Regressionstabelle (gewichtet): Zusammenhang zwischen dem Ausbau der direkten Demokratie und der Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Regressionstabelle (ungewichtet): Zusammenhang zwischen dem Ausbau der direkten Demokratie und der persönlichen Einstellung in bestimmten Sachfragen

Regressionstabelle (gewichtet): Zusammenhang zwischen dem Ausbau der direkten Demokratie und der persönlichen Einstellung in bestimmten Sachfragen

## Literatur

Albertazzi, Daniele/ McDonnell, Duncan (2015). *Populists in Power*. London & New York: Routledge.

Anderson, Cameron/ Goodyear-Grant, Elizabeth (2010). Why are highly informed citizens sceptical of referenda? *Electoral Studies* 29(2): 227–238.

APA (2020a). Vermögenssteuer: Krisen-Cashcow oder Wahlkampfbooster? Url: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20201021\\_OTSO015/vermoegenssteuer-krisen-cashcow-oder-wahlkampfbooster](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201021_OTSO015/vermoegenssteuer-krisen-cashcow-oder-wahlkampfbooster) [22.03.2021].

APA (2020b). Gewessler: Kreislaufwirtschaft ist Beitrag zu Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit. Url: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200923\\_OTSO179/gewessler-kreislaufwirtschaft-ist-beitrag-zu-klimaschutz-und-mehr-gerechtigkeit](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200923_OTSO179/gewessler-kreislaufwirtschaft-ist-beitrag-zu-klimaschutz-und-mehr-gerechtigkeit) [22.03.2021].

APA (2021a). Greenpeace warnt mit meterhohem Plastikberg vor wachsendem Einwegmüll in Österreich. Url: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210225\\_OTSO115/greenpeace-warnt-mit-meterhohem-plastikberg-vor-wachsendem-einwegmuell-in-oesterreich-bildvideo](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210225_OTSO115/greenpeace-warnt-mit-meterhohem-plastikberg-vor-wachsendem-einwegmuell-in-oesterreich-bildvideo) [22.03.2021].

APA (2021b). Februar Arbeitslosenzahlen um ein Viertel höher als 2020. <https://apa.at/news/februar-arbeitslosenzahlen-um-ein-viertel-hoehere-als-2020/> [22.03.2021].

Arnesen, Sveinung (2017). Legitimacy from decision-making influence and outcome favourability: Results from general population survey experiments. *Political Studies* 65(1S): 146–161.

Arnesen, Sveinung/ Broderstad, Troy S./ Johannesson, Mikael P. (2019). Conditional legitimacy: How turnout, majority size and outcome affect perceptions of legitimacy in European Union membership referendums. *European Union Politics* 20(2): 176-197.

Arvai, Joseph L./ Froschauer, Ann (2010). Good decisions, bad decisions: The interaction of process and outcome in evaluations of decision quality. *Journal of Risk Research* 13(7): 845–859.

Banducci, Susan/ Karp, Jeffrey M. (1999). Perceptions of fairness and support for proportional representation. *Political Behavior* 21(3): 217-238.

Bandura, Albert (1982). Self-efficacy mechanism in human agency. *American Psychologist* 37(2): 122– 147.

Bengtsson, Åsa/ Mattila, Mikko (2009). Direct democracy and its critics: Support for direct democracy and ‘stealth democracy’ in Finland. *West European Politics* 32(5): 1031–1048.

Bennett, W. Lance (2008). Changing citizenship in the digital age. In: Ders. (Hrsg.). *Civic life online: Learning how digital media can engage youth*. Cambridge, MA: MIT Press, 1-24.

Bergmann, Michael, (2011). IPFWIGHT: Stata module to create adjustment weights for surveys. Chestnut Hill: Boston College.

BFS (2020). Angenommene und verworfene Abstimmungsvorlagen, nach Typ. Url: <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/16306234/master> [22.03.2021].

Bjånesøy, Lisse L./ Ivarsflaten, Elisabeth (2016). What kind of challenge? Right-wing populism in contemporary Western Europe. In: Tatham, Michaël/ Peters, Yvette (Hrsg.). *Democratic transformations in Europe: Challenges and opportunities*. Abingdon: Routledge, 53-70.

Bowler, Shaun (2002). "Review. Reviewed work: The Battle over Citizen Lawmaking: A Collection of Essays by M. Dane Waters". *The Journal of Politics* 64(1): 285-287.

Bowler, Shaun/ Donovan, Todd/ Karp, Jeffrey M. (2006). Why politicians like electoral institutions: Self-interest, values or ideology? *The Journal of Politics* 68(2): 434-446.

Bowler, Shaun/ Donovan, Todd/ Karp, Jeffrey M. (2007). Enraged or engaged? Preferences for direct citizen participation in affluent democracies. *Political Research Quarterly* 60(3): 351-362.

Bowler, Shaun/ Donovan, Todd (2007). Reasoning about institutional change: Winners, losers and support for electoral reforms. *British Journal of Political Science* 37(3): 455-476.

Bowler, Shaun/ Donovan, Todd (2019). Perceptions of Referendums and Democracy: The Referendum Disappointment Gap. *Politics and Governance* 7(2): 227-241.

Brickner, Irene (2019). EU-Gerichtshof erschwert Abschiebung straffälliger Flüchtlinge, Der Standard, Url: <https://www.derstandard.at/story/2000103135641/eu-gerichtshof-erschwert-abschiebung-straftaelliger-fluechtlinge> [22.03.2021].

BMI (2019). Nationalratswahl vom 29. September 2019 Verlautbarung der Bundeswahlbehörde. Url: [https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2019/files/Verlautbarung\\_endgueltiges\\_Ergebnis.pdf](https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf) [22.03.2021].

Campbell, Angus/ Gurin, Gerald/ Miller, Warren E. (1954). *The Voter Decides*. Evanston, IL: Row, Peterson & Company.

Carmines, Edward G./Stimson, James A. (1980). „The two faces of issue voting“. *The American Political Science Review* 74(1): 78-91.

Coffé, Hilde/ Michels, Ank (2014). Education and support for representative, direct and stealth democracy. *Electoral Studies* 35: 1-11.

Dalton, Russell J. (2007). Partisan mobilization, cognitive mobilization, and the changing American electorate. *Electoral Studies* 26(2): 274-286.

Dalton, Russell J./ Bürklin, Wilhelm P./ Drummond, Andrew (2001). Public opinion and direct democracy. *Journal of Democracy* 12(4): 141-153.

Dalton, Russell J./ Welzel, Christian (2014). *The civic culture transformed: From allegiant to assertive citizenship*. Cambridge: Cambridge University Press.

Dean, Rikki J. (2016). *Democratising Bureaucracy: The Many Meanings of Public Participation in Social Policy and How to Harness Them*. Doctoral thesis, London: London School of Economics and Political Science.

Deming, Edwards W./ Stephan, Frederick F. (1940). On a Least Squares Adjustment of a Sampled Frequency Table When the Expected Marginal Totals are Known. *The Annals of Mathematical Statistics* 11: 427-444.

Ennsner-Jedenastik, Laurenz (2018). Regiert die eigene Partei, steigt die Zufriedenheit mit der Demokratie. Unzufriedenheit mit der Demokratie ist nur zum Teil Skepsis gegenüber dem politischen System. *Der Standard*, Url: <https://www.derstandard.at/story/2000076009795/wenn-die-eigene-partei-regiert-steigt-auch-die-freude-an> [24.03.2020].

Esaiasson, Peter/ Persson, Mikael/ Lindholm, Torun (2016). Reconsidering the role of procedures for decision acceptance. *British Journal of Political Science* 49(1): 291–314.

Europäische Kommission (2017). Standard Eurobarometer, Url: <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm> [22.03.2021].

ESS (2012). Round 6 Data. Data file edition 2.1. Oslo: Norwegian Social Science Data Services, Norway–Data Archive and distributor of ESS data.

EuGh (2016). Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung 07.06.2016.

Finkel, Steven E. (1985). Reciprocal effects of participation and political efficacy: a panel analysis. *American Journal Political Science* 29(4): 891-913.

Friedman, Monroe (1999). *Consumer Boycotts*. New York: Routledge.

Geißel, Brigitte/ Roth, Roland/ Collett, Stefan/ Tillmann, Christina (2014): Partizipation und Demokratie im Wandel - Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente? In: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden- Württemberg (Hrsg.). *Partizipation im Wandel*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 11–42.

Geuss, Raymond (2008). *Philosophy and Real Politics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Glavanovits, Josef/ Gründl, Johann/ Kritzinger, Sylvia/ Oberluggauer, Patricia (2019). Politische Partizipation. In: Bacher, Johann/ Grausgruber, Alfred/ Haller, Max/ Höllinger, Franz/ Prandner, Dimitri/ Verwiebe, Roland (Hrsg.). *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich: Trends 1986-2016*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 439-456.

GLOBAL 2000 (2020). Mehrheit der ÖsterreicherInnen für Pfandsystem. Meinungsumfrage. Url: <https://bit.ly/2zGSkyn>, [22.03.2021].

Habermas, Jürgen (1992). „Zur Rekonstruktion des Rechts (I)“. In: Ders. (Hrsg.): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 109–165.

Hardt, Michael / Negri, Antonio (2013). *Demokratie!: Wofür wir kämpfen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Hausbichler, Beate (2019). Die Fristenregelung im Visier der Abtreibungsgegner. Der Standard, Url: <https://www.derstandard.at/story/2000102620920/die-fristenregelung-im-visier-derabtreibungsgegner>, [22.03.2021].

Hausbichler, Beate (2020). ÖVP-Ministerinnen bejahen Initiative für Abtreibungsstatistik. Der Standard, Url: <https://www.derstandard.at/story/2000121945955/oevp-ministerinnen-bejahen-initiative-fuer-abtreibungsstatistik>, [22.03.2021].

Heinisch, Reinhard/ Hauser, Kristina (2015). Österreich und die Zukunft der Demokratie. In: Öhlinger, Theo/ Poier, Klaus (Hrsg.). *Direkte Demokratie und Parlamentarismus*. Wien: Böhlau, 13–42.

Hibbing, John R./ Theiss-Morse, Elizabeth (1995). *Congress as Public Enemy: Public Attitudes toward Political Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hibbing, John R./ Theiss-Morse, Elizabeth (2002). *Stealth democracy: Americans' beliefs about how government should work*. Cambridge: Cambridge University Press.

Inglehart, Roland F. (2018). *Cultural Evolution: People's Motivations Are Changing and Reshaping the World*. Cambridge: Cambridge University Press.

Haller, Max (2012): *Direkte Demokratie. Bevölkerungsbefragung 2012*. Institut für empirische Sozialforschung (IFES).

ISSP Research Group (2016). *International Social Survey Programme: Citizenship II-ISSP 2014*.

Jacobs, Kristof (2018). Referendums in times of discontent. *Acta Politica* 53(4): 489–495.

Jacobs, Kristof/ Akkerman, Andrej/ Zaslove, Agnes (2018). The voice of populist people? Referendum preferences, practices and populist attitudes. *Acta Politica* 53(4): 517–541.

Jörke, Dirk (2010). Was kommt nach der Postdemokratie? *Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 190: 17-25.

Kelsen, Hans/ Fröhlich, Georg/ Merkl, Adolf (2003). *Die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920*. Wien: Österreich Verlag.

Key, Vladimir O., Jr. (1966). *The Responsible Electorate*. New York: Vintage.

Hawkins, Kirk A./ Ruth-Lovell, Saskia (2017). Populism and Democratic Representation in Latin America. In: Holtz-Bacha, Christina/ Mazzoleni, Oscar/ Heinisch, Reinhard (Hrsg.). *Handbook on Political Populism*. Baden-Baden: Nomos, 255-273.

- Linder, Wolf (1999). *Swiss Democracy: Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies*. Basingstoke: Macmillan.
- Lipset, Seymour M. (Hrsg.). (1995). *The Encyclopedia of Democracy*. London: Routledge.
- Ludwig, Michael [Twitter-Account des Wiener Bürgermeisters], veröffentlicht am 31.01.2021, 13:39, Url: <https://twitter.com/bgmludwig/status/1355858188097245184> [22.03.2021].
- Lupia, Arthur/ Matsusaka, John G. (2004). "Direct democracy: New approaches to old questions." *Annual Review of Political Science* 7: 463-482.
- Lupia, Arthur/ McCubbins, Mathew D. (1998). *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need to Know?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Maduz, Linda (2010): Direct Democracy. In: *Living Reviews in Democracy* 2: 1–14.
- Marien, Sofie/ Hooghe, Marc/ Quintelier, Ellen (2010). Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries. *Political Studies* 58(1): 187-213.
- Marien, Sofie/ Kern, Anna (2018). The winner takes it all: Revisiting the effect of direct democracy on citizens' political support. *Political Behavior* 40(4): 857–882.
- Mouffe, Chantal (2015). Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft“. In: Nonhoff, Martin (Hrsg.). *Diskurs radikale Demokratie –Hegemonie*. Bielefeld: transcript, 41–54.
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Government & Opposition* 39(4): 541-563.
- Mudde, Cas (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McCombs, Maxwell E. (2004). *Setting The Agenda: The Mass Media and Public Opinion*. Cambridge: Polity Press.
- Neblo, Michael A./ Esterling, Kevin M./ Kennedy, Ryan P./ Lazar, David M.J./ Sokhey, Anand E. (2010). Who wants to deliberate – and why? *American Political Science Review* 104(3): 566–583.
- Neisser, Heinrich (2015). Zukunftsperspektiven der österreichischen Demokratie. In: Öhlinger, Theo/ Poier, Klaus (Hrsg.). *Direkte Demokratie und Parlamentarismus*. Wien: Böhlau, 79–88.
- Norris, Pippa (1999). *Critical citizens: Global support for democratic governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa (2011). *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- OECD (2019). *Taxing Wages 2019*. Paris: OECD Publishing.

Österreichisches Parlament (2018). Volksabstimmung. Url: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VOLKAB/index.shtml>, [22.03.2021].

Österreichisches Parlament (2020). Nationalrat: Arbeitslose erhalten im Dezember weitere Einmalzahlung von 450 €, In: Parlamentskorrespondenz Nr. 1238 vom 20.11.2020, Url: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2020/PK1238/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1238/index.shtml), [22.03.2021].

Page, Benjamin I./ Shapiro Robert, Y. (1992). *The Rational Public*. Chicago: University of Chicago Press.

Pharr, Susan J./ Putnam, Robert D. (2000). *Disaffected Democracies? What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton: Princeton University Press.

Poier, Klaus (2018). Landesverfassung und direkte Demokratie aus rechts- und politikwissenschaftlicher Perspektive. In: Salzburger Landtag/ Weiser, Katharina (Hrsg.). *Demokratische Zukunft der (Salzburger) Landesgesetzgebung*. Wien: Jan Sramek Verlag, 79-99.

Pollock, Philip H. (1983). The participatory consequences of internal and external political efficacy: a research note. *Western Political Quarterly* 36(3): 400-409.

Rawls, John (1971). *A Theory of Justice*. Cambridge/ Massachusetts: Harvard University Press.

Schiller, Theo (2002). *Direkte Demokratie. Eine Einführung*, Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

Schuck, Andreas R.T./ De Vreese, Claes H. (2009). Reversed mobilization in referendum campaigns. *International Journal of Press/Politics* 14(1): 40–66.

Schuck, Andreas R.T./ De Vreese, Claes H. (2011). Public support for referendums: The role of the media. *West European Politics* 34(2): 181–207.

Schuck, Andreas R.T./ De Vreese, Claes H. (2015). Public support for referendums in Europe: A cross-national comparison in 21 countries. *Electoral Studies* 38: 149–158.

Schumpeter, Joseph A. (1943). *Capitalism, Socialism, and Democracy*. London: Allen.

Smith, Daniel, A./ Tolbert, Caroline J./ Keller, Amanda M. (2010). Electoral and structural losers and support for a national referendum in the US. *Electoral Studies* 29(3): 509–520.

Smith, Graham (2009). *Democratic innovations: Designing institutions for citizen participation*. Cambridge: Cambridge University Press.

Sniderman, Paul A. (1993). "The New Look in Public Opinion Research." In: Finifter, Ada W. (Hrsg.). *Political Science: The State of Discipline II*. Washington, D.C.: The American Political Science Association, 219-245.

STAT (2020). Statistik des Bevölkerungsstandes. Url: [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_alter\\_geschlecht/023470.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/023470.html), [22.03.2021].

Szigetvari, András (2021). Kocher: "Ist das Arbeitslosengeld zu hoch, sinkt der Anreiz, sich einen Job zu suchen", Der Standard, Url: <https://www.derstandard.at/story/2000123280247/arbeitsminister-kocher-ist-das-arbeitslosengeld-zu-hoch-sinkt-der-anreiz>, [22.03.2021].

Van Eygen, Emile/ Fellner, Johann (2019). Nutzen und Kosten eines verstärkten Recyclings von Kunststoffverpackungen. *Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaft* 72: 38–46.

Vecchione, Michele/ Caprara, Gian V. (2009). Personality Determinants of Political Participation: The Contribution of Traits and Self-efficacy Beliefs. *Personality and Individual Differences* 46(4): 487-92.

Wahlkabine.at (2019). Nationalratswahl 2019, Url: <https://wahlkabine.at/nationalratswahl-2019>, [22.03.2021].

Warren, Mark E. (2017). A problem-based approach to democratic theory. *American Political Science Review* 111(1): 39–53.

Webb, Paul (2013). Who is willing to participate? Dissatisfied democrats, stealth democrats and populists in the United Kingdom. *European Journal of Political Research* 52(6): 747–772.

Werner, Hannah (2020). If I'll win it, I want it: The role of instrumental considerations in explaining public support for referendums. *European Journal of Political Research* 59(2): 312-330.

Wirnsberger, Sarah/ Haller, Max (2015). Politikverdrossenheit oder kritische Demokraten? Eine Analyse der Einstellungen zur direkten Demokratie in Österreich im Lichte von drei theoretischen Ansätzen. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44(3): 21–38.

Wojcieszak, Magdalena (2014). Preferences for political decision-making processes and issue publics. *Public Opinion Quarterly* 78(4): 917–939.

WVS (2017). Url: <http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp> [22.03.2021].

Zaslave, Agnes/ Geurkink, Bram/ Jacobs, Kristof/ Akkerman, Andrej (2021). Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. *West European politics* 44(4): 727-751.

# Anhang

## Fragebogen zur Abhaltung von Volksabstimmungen in Österreich

Guten Tag, ich komme vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien und führe eine Studie darüber durch, wie Menschen in Österreich zur Abhaltung von Volksabstimmungen stehen. Die Befragung dauert in etwa fünf Minuten, Ihre Angaben werden anonymisiert und vertraulich behandelt. Vielen Dank für Ihre Zeit!

In Österreich werden Entscheidungen fast ausschließlich von gewählten Repräsentant\*innen getroffen. In vielen Ländern und auch hierzulande gibt es immer wieder Debatten darüber, ob mehr Entscheidungen direkt getroffen werden sollten, z. B. mittels Volksabstimmungen. Diese sind verbindlich, müssen also von der Regierung umgesetzt werden. Dabei wird gefragt, ob ein Gesetzesbeschluss des Nationalrates Gesetzeskraft erlangen soll. Die Frage wird mit Ankreuzen eines Ja-Feldes oder eines Nein-Feldes beantwortet.

---

(Kontrollvariable)

\* 1. Besitzen Sie die österreichische StaatsbürgerInnenschaft?

- Ja
- Nein

(Kontrollvariable)

\* 2. In welchem Jahr sind Sie geboren?

---

(Kontrollvariable)

3. In welchem Bundesland leben Sie?

- |  |  |
|--|--|
| <input type="radio"/> Wien             | <input type="radio"/> Salzburg                   |
| <input type="radio"/> Niederösterreich | <input type="radio"/> Kärnten                    |
| <input type="radio"/> Oberösterreich   | <input type="radio"/> Tirol                      |
| <input type="radio"/> Steiermark       | <input type="radio"/> Vorarlberg                 |
| <input type="radio"/> Burgenland       | <input type="radio"/> Nicht (mehr) in Österreich |
-

**(unabhängige Variable H1)**

4. Welche Partei haben Sie bei der letzten Nationalratswahl am 29. September 2019 gewählt?

- SPÖ
- ÖVP
- FPÖ
- NEOS
- Die Grünen
- eine andere Partei
- habe nicht gewählt

Beantworten Sie mir bitte folgende Fragen– auf einer Skala von 1 bis 7 – 1 heißt überhaupt nicht, 7 bedeutet, sehr stark.

**(Kontrollvariable)**

6. Wie sehr sind Sie im Allgemeinen dazu bereit Risiken einzugehen?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



**(abhängige Variable H1)**

7. Wie sehr würden Sie im Allgemeinen einen Ausbau der direkten Demokratie in Österreich befürworten?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



**(Kontrollvariable: Effektivitätsbewusstsein)**

8. Was meinen Sie, in welchem Maße gibt die Politik in Österreich Ihnen die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



**(Kontrollvariable)**

9. Wie sehr sind Sie persönlich an Politik in Österreich interessiert?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



**(unabhängige Variable H1)**

10. Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der derzeitigen Bundesregierung?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



**(Kontrollvariable)**

11. Wie sehr würden Sie befürworten, dass mehr Expertenwissen in Entscheidungsprozesse miteinfließt?

(1) überhaupt nicht      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) sehr



---

Würden sie eine Volksabstimmung zu den folgenden Themen ablehnen (1) oder befürworten (7)? (abhängige Variable H2)

12. Volksabstimmung über die Einführung einer Vermögenssteuer

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

13. Volksabstimmung über die bundesweite Einführung eines Pfandsystems für Getränkeverpackungen (Plastikflaschen, Dosen)

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

14. Volksabstimmung über eine Senkung der Unternehmenssteuern

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

15. Volksabstimmung über ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen ohne medizinischen Grund

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

16. Volksabstimmung über die konsequente Abschiebung von straffällig gewordenen Drittstaatsangehörigen

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

17. Eine Volksabstimmung darüber, ob Arbeitslose, über die ausbezahlte Einmalzahlung hinaus, mehr finanzielle Unterstützung erhalten sollten

(1) sehr dagegen (2) (3) (4) (5) (6) (7) sehr dafür

---

Bitte treffen Sie persönliche Einschätzungen und Positionen zu den eben behandelten Sachfragen. Dabei wiederholen sich die Fragestellungen und beziehen sich dabei aber immer nur auf das jeweilige Thema. (unabhängige Variablen H2)

Die Vermögenssteuer

18. Die Einführung einer Vermögenssteuer ...

(1) lehne ich vollkommen ab. (2) (3) (4) (5) (6) (7) befürworte ich sehr.

19. Unter den Wahlberechtigten in Österreich ist meine Position...

(1) in der Minderheit. (2) (3) (4) (5) (6) (7) in der Mehrheit.

20. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass in der laufenden oder in der unmittelbar darauffolgenden Legislaturperiode die Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich beschlossen wird?

(1) Das ist ausgeschlossen.      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) Das ist sehr wahrscheinlich.



21. Muss man sich zur Beantwortung dieser Frage intensiv mit dem Thema befassen bzw. auf ExpertInnenmeinungen verlassen, oder reicht es dabei aus auf seine moralischen Werte zu vertrauen?

(1) Meine moralischen Werte sind für die Beantwortung ausreichend.      (2)      (3)      (4)      (5)      (6)      (7) Die Meinungen von ExpertInnen sind bei der Entscheidungsfindung unbedingt zu berücksichtigen.



(Nach demselben Prinzip wurden diese Fragen auch für die übrigen fünf Themenfelder gestellt.)

**(Kontrollvariable)**

42. Geschlecht

- männlich
- weiblich
- Sonstiges (bitte angeben)

**(Kontrollvariable)**

43. Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?

- Universität, FH, Meister
- Matura
- Berufsausbildung (ohne Matura)
- Pflichtschule

**(Kontrollvariable)**

44. Welche dieser Beschreibungen trifft am besten auf Sie zu?

- bezahlte berufliche Tätigkeit (auch bei vorübergehender Abwesenheit, unselbständig Beschäftigte/r, Selbstständig mithelfende/r Familienangehörige/r)
- in Ausbildung (auch in den Ferien oder im Urlaub)
- arbeitssuchend
- anderes (zB Hausarbeit, Betreuung von Kindern oder anderen Personen, chronisch krank oder behindert, peni Zivill- oder Militärdienst)

**(Kontrollvariable)**

45. Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich ...

- bequem leben
- zurechtkommen

Ich danke Ihnen sehr für die Teilnahme an der Studie! Wenn Sie wissen wollen was die Umfrage ergeben hat, melden Sie sich bitte Ende Dezember bei mir: [m.p.gratzer@gmail.com](mailto:m.p.gratzer@gmail.com)

46. Haben Sie noch Fragen oder Anmerkungen?

## Flyer mit QR-Code

### Umfrage zur Abhaltung von Volksabstimmungen in Österreich auf Bundesebene

 universität  
wien

**YES**

**NO**

Guten Tag, mein Name ist Martin Gratzler, ich studiere am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien und führe im Rahmen meiner Masterarbeit eine Pilotstudie darüber durch, wie Menschen in Österreich zur Abhaltung von Volksabstimmungen stehen. Die Befragung dauert in etwa sieben Minuten, Ihre Angaben werden anonymisiert und vertraulich behandelt. Vielen Dank für Ihre Zeit! (<https://de.surveymonkey.com/r/9RX5KHS>)



## Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Martin P. Gratzner

## Abstract

In den meisten westlichen Demokratien ist innerhalb der Bevölkerung ein breiter Konsens für einen Ausbau der direkten Demokratie bzw. der verstärkten Anwendung von Volksabstimmungen festzustellen. In der Forschung wird dieses Phänomen vielfach untersucht. Dabei blieben jedoch wichtige Aspekte, wie dieser Wunsch zustande kommt, kaum erforscht.

In der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass für Bürger\*innen die Ergebniserwartung für die Prozesspräferenz von Relevanz ist. Entscheidend dafür ist, ob grundsätzlich die derzeitige politische Agenda der Regierung mit ihren Vorstellungen konform geht. Ein weiteres Kriterium für Wähler\*innen, ob sie ein Referendum unterstützen oder ablehnen, ist die jeweilige Sachfrage. Hierzu werden folgende Komponenten erhoben: die persönliche Einstellung sowie die Einschätzungen darüber, ob man sich in der Mehrheit befindet, der Möglichkeit einer baldigen Änderung des Status quo durch Repräsentant\*innen und ob es sich bei der jeweiligen Sachfrage um ein „leichtes“ oder „schwieriges *Issue*“ handelt.

Um dieses Forschungsvorhaben umzusetzen wurde für Österreich ein Survey entworfen und durchgeführt (n = 513), das über sechs Politikvorschläge auf nationaler Ebene verläuft und sowohl zwischen als auch innerhalb der Befragten Untersuchungen zulässt. Die Ergebnisse unterstützen beide Hypothesen, wobei zweite vor allem anhand der persönlichen Einstellung erklärt werden kann. Jene Hypothesenteile, bei denen die Teilnehmer\*innen Selbsteinschätzungen treffen mussten, brachten nur auf der *within*-Ebene signifikante Zusammenhänge. Die Untersuchung der stabilen, wie der nicht stabilen Komponente macht es zudem möglich, diesbezügliche Unterschiede bei den Kontrollvariablen festzumachen. Die Risikobereitschaft spielt bei der Einstellung zu einem Ausbau direkter Demokratie eine signifikant positive Rolle, jedoch keine bei der Auseinandersetzung mit den sechs konkreten Sachfragen.

**Schlagwörter:** Prozesspräferenzen; Volksabstimmungen; direkte Demokratie; Partizipation; politische Entscheidungsfindung

Much research is devoted to the high support within citizens of most western democracies for the extension of direct democracy and the use of referendums, respectively. However, relatively little is known about important aspects to clarify what drives these preferences.

This paper examines the outcome expectations of people when expressing support for political decision-making procedures. First, it is argued that citizens being satisfied with the current political agenda tend to refuse the extension of direct democracy in general. Second, the argument is put forward that process preferences have an instable component and vary substantially across policy proposals. Therefore, I examined four considerations: The personal views and the personal assessments of being in the majority, the possibility of an upcoming change of the status quo due to representatives and whether the respective issue is easy or hard to answer.

A survey was designed and conducted in Austria (N = 513) that contains both between and within respondent variation across six policy proposals on the national level. The findings support these hypotheses. However, the second can be mainly explained through the personal views. The parts of the second hypothesis including the personal assessments relate to support the use of referendums only within respondents. Additionally, the examination of the stable and non-stable components allows a comparison of the differences between the control variables. Thus, the readiness to take risks relates to the support for the use of direct democracy in general but not across the specific policy proposals.

**Keywords:** process preferences; referendums; direct democracy; participation; political decision making